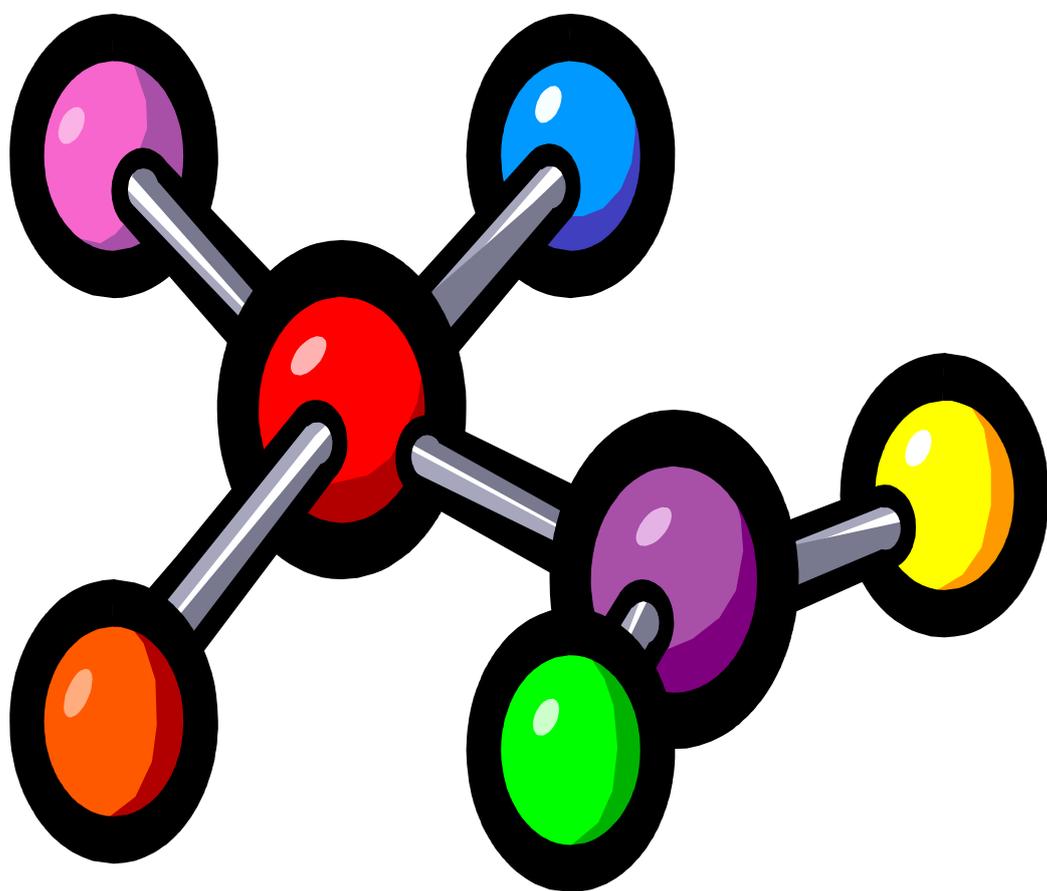


Beteiligungsbericht 2010

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: Rheinisch-Bergischer Kreis
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: Bereich 5
OE 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: 02202/13 2417

02202/13 2418

Fax: 02202/13 2121

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Das Bergische gGmbH	15
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	20
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	27
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	32
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	41
- Naturarena Bergisches Land GmbH	48
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	53
- Radio Berg GmbH & Co. KG	58
- Regionalverkehr Köln GmbH	63
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	71
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	78
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	83
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	90
- RWE AG	95
- RW Holding AG	102
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	106
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	111
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	117
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	120
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	125
- Landrat-Lucas-Stiftung	131
Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen	134

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis legt nunmehr den sechszehnten Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts vor. Soweit möglich, berücksichtigt der Beteiligungsbericht aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2010.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2010 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick**Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)**

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden**

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	105.723	1.272
Stadt Burscheid	27,38	18.603	679
Gemeinde Kürten	67,49	19.639	291
Stadt Leichlingen	37,33	27.481	736
Gemeinde Odenthal	39,97	15.766	394
Stadt Overath	68,83	26.990	392
Stadt Rösrath	38,82	27.288	703
Stadt Wermelskirchen	74,66	35.437	475
<hr/>			
(Stand: 31.12.2010)	437,60	276.927	633

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
 <u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
 <u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m ³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m ³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- b) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- c) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- d) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,
- e) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- f) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große

Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,

- g) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben. Die Aktiengesellschaft (AG) ist dagegen einer externen Lenkung weniger zugänglich. Die Zuständigkeiten deren Gesellschaftsorgane sind durch Normen des bundesgesetzlichen Gesellschaftsrechts geregelt und durch die Satzung oder den Gesellschaftsvertrag nur begrenzt gestaltbar.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der

Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, das eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-gesellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmereivermögen) 70.860 Stück Stammaktien			Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH 51 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				
Naturarena Bergisches Land GmbH 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bavweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis
Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Rolf Menzel, Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Dr. Christian Dickschen, Gummersbach

Jürgen Dreiner-Wirz, Lindlar

Norbert Heß, Engelskirchen

Jürgen Marquardt, Gummersbach

Reinhold Müller, Engelskirchen

stellv. Vorsitzender

Helmut Schäfer, Engelskirchen

Doris Schuchardt-Kaganietz, Engelskirchen

Günter Stricker, Morsbach

Gerd Werner, Lindlar

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Horst Adler, Bergisch Gladbach

Rainer Bleek, Wermelskirchen

Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach

Udo Klemt, Bergisch Gladbach

Vorsitzender

Helga Loepp, Wermelskirchen

Dr. Peter Ludemann, Bergisch Gladbach

Roland Rickes, Bergisch Gladbach

Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach

Klaus-Dieter Ziepke, Leichlingen

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von T€3.864 aus, der um T€3.573 über dem Planansatz liegt. Hierbei ist zu beachten, dass die Beteiligungserlöse in Höhe von T€2.251 und die Erlöse aus der Kegelverfüllung in Höhe von T€900 und die Auflösung einer Steuerrückstellung von 627 T€ im Planansatz nicht berücksichtigt werden konnten. Die für das Geschäftsjahr 2010 vorgesehene Geschäftsentwicklung konnte bei stark gestiegenen Kosten im Bereich der Deponienachsorge im positiven Bereich gehalten werden.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2010 erhöhten sich deutlich um 9,6 % auf 35.505 T€. Die Erlöse aus der Behandlung von Abfällen sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr trotz eines leichten Mengenrückgangs um 2,73 % gestiegen. Dies liegt in der mit dem Wirtschaftsplan 2010 beschlossenen Gebührenanpassung begründet.

Die Umsätze der Kommunalentsorgung haben sich nahezu ausschließlich durch die Übertragung der kommunalen Entsorgungspflicht der Stadt Burscheid auf den BAV um 1.675 T€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge von 11.133 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (7.565 T€) und Erträge aus dem Verkauf von Deponieraum für die Errichtung des Kegels im Zusammenhang mit der Umsetzung der landschaftsplanerischen Gestaltung der Deponieareale (900 T€) sowie der Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2009 (1.685 T€)

Aus der Deponieverpachtung konnten Erlöse in Höhe von 457.523,97 € erzielt werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	453	536	615
II. Sachanlagen	13.275	7.258	6.857
III. Finanzanlagen	85.304	88.366	59.023
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.810	7.479	7.776
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	7.887	16.919	42.498
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	117.729	120.558	116.769

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	4.902	1.640	270
IV. Gewinnvortrag	0	0	0
V. Jahresüberschuss	3.864	4.758	2.787
B. Rückstellungen	96.178	100.941	101.471
C. Verbindlichkeiten	3.785	4.219	3.241
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	117.729	120.558	116.769

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	35.505	32.395	33.677
Andere aktivierte Eigenleistungen	407	0	0
sonstige betriebliche Erträge	11.133	8.967	5.523
Materialaufwand	39.026	33.497	32.494
Personalaufwand	2.260	2.008	1.660
Abschreibungen	630	788	959
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.129	5.398	5.775
Erträge aus Beteiligungen	2.251	1.487	1.319
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.339	2.891	425
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	721	681	3.037
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67	67	103
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.244	4.663	2.990
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	624	98	- 200
Sonstige Steuern	- 4	- 3	- 3
Jahresüberschuss	3.864	4.758	2.787

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	15,09	12,8	10,33
Umsatzrentabilität:	%	10,88	14,69	8,28
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	- 3.619	6.690	- 1.636
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	2.694	1.511	1.417

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2010	2009	2008
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	40,8	33,0	28,0

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 1.897.221,33 € an Löhne und Gehälter sowie 362.735,47 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2010 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe von jeweils 1.347.000 € (die ausschließlich aus der gewerblichen Tätigkeit des BAV

resultieren) an die Mitglieder vorgenommen.

8. Bewertung

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2010 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung. Das Regionale 2010 Projekt :metabolon wird die Innovationskraft der Abfallwirtschaft mit seinem Forschungsansatz einschließlich der praktischen Anwendungen steigern. Auch der Außerschulische Lernort spielt beim langfristigen Ausbau der Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle. Im Jahre 2010 konnten hierzu weitere konzeptionelle Grundlagen erarbeitet und mit Hilfe der Fördermittel die landschaftsgestalterische und städtebauliche Umsetzung voran getrieben werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2011 wird auf Grundlage konstanter bis leicht steigender Gebühreneinnahmen und entsprechender Kostenpositionen, steigender Pachterlöse sowie Guthabenzinsen aus mittelfristigen Geldanlagen, die bisher noch über der Inflationsrate liegen, ein positives Geschäftsergebnis erwartet.

Das Bergische gGmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Das Bergische gGmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Heutz, Ulrich
Schäfer Lenore
Wasserfuhr, Udo

Stellvertreter

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Musiala, Peter
Merten, Thomas

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Zeitraum Januar bis Dezember 2010 bei einem Rohergebnis von 142,8 T€ und Betriebsaufwendungen von 185,9 T€ ein Betriebsergebnis von -43,1 T€. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses und des neutralen Ergebnisses ergab sich ein Jahresfehlbetrag von -51,8 T€.

Die Eigenkapitalquote lag bei 91,8 %. Das Anlagevermögen war zu mehr als 100 % durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug zum Bilanzstichtag -43,6 T€. Aufgrund von Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen betrug der Cashflow aus der Investitionstätigkeit -15,7 T€.

Unter Berücksichtigung des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit (167,7 T€) ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 266,6 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13	0
II. Sachanlagen	6	7
III. Finanzanlagen	0	0
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12	2
III. Wertpapiere	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	267	149
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	298	158

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25	25
II. Kapitalrücklage	249	124
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0
B. Rückstellungen	5	5
C. Verbindlichkeiten	19	4
Bilanzsumme	298	158

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	0	0
sonstige betriebliche Erträge	143	4
Materialaufwand	0	0
Personalaufwand	163	39
Abschreibungen	3	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	29	17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 51	- 53
Sonstige Steuern	0	0
Jahresfehlbetrag	- 51	- 53
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	51	53
Bilanzgewinn	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	91,8	94,0
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 43,6	- 45,1
EBIT:	T€	- 51	- 53

6. Beschäftigte

Personal	2010	2009
Angestellte	4	3

Im Geschäftsjahr 2010 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 4 Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf insgesamt 162.985,17 €. Davon entfielen 139.013,65 € auf Löhne und Gehälter sowie 23.971,52 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €. Zuschüsse an die Gesellschaft nach Abschluss des Projektes „Wege durch die Zeiten“ sind gesondert zu verhandeln.

8. Bewertung

Das Jahr 2010 war für Das Bergische ein schwieriges Jahr. Nach ersten Erfolgen beim Aufbau der Projektstrukturen und im Corporate Design entstanden bei der Wegeplanung unerwartete Schwierigkeiten. Besonders die Probleme bei der drohenden

Nichterreichung der Zertifizierungskriterien für die Fernwege stellte eine Bedrohung des Gesamtprojektes dar und führte zu massiven Verzögerungen. Auch die zwischenzeitlich desolante Bearbeitung durch die NRW-Bank war ein großes Problem. Erst im letzten Quartal 2010 zeigten sich positive Ergebnisse bei der Wegeplanung und in der Zusammenarbeit mit der NRW-Bank. Zentrales Problem des Projektes ist neben der Gesamtgröße v.a. die Kommunikation und Beteiligung vieler Kommunen und Organe. Die meist individuelle Kommunikation mit hunderten Beteiligten stellt für ein kleines Projektteam eine große Herausforderung dar.

Das Jahr 2011 steht im Zeichen der Wegeabstimmung mit Eigentümern, Verbänden, ULB, OLB sowie der ersten Umsetzung von Maßnahmen an den Wegen. Im Marketing erfolgen die Erstellung eines Internetauftritts und erste Flyer zu den Streifzügen sowie die Etablierung von Marketingkooperationen. Es beginnt nun auch die Entwicklung von Konzepten zur dauerhaften Qualitätssicherung und zur Finanzierung eines dauerhaften Marketings. Hierzu wird die Gewinnung von Sponsoren und der Gastronomie zur Projektbeteiligung wesentlich sein.

Die Ausgangslage dazu ist aufgrund der geschaffenen Strukturen und Arbeitsabläufe sowie der finanziellen Mittel und Zusagen gut.

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit Juni 2009 für 2 Jahre der Rhein-Sieg Kreis, vertreten durch Herrn Kreistagsabgeordneten Dieter Heuel, wahr. Seit Mitte Juni 2011 liegt die Vertretung wieder beim Rheinisch-Bergischen Kreis, durch Herrn Kreistagsabgeordneten Eduard Wolf.

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Peter Eichner.

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D. Land Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender
Peter Marquardt, Angestellter FKB Arbeitnehmervertreter (bis 30.08.2010)	1. stellvertretender Vorsitzender
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmervertreter (seit 30.08.2010)	1. Stellvertretender Vorsitzender
Martin Börschel, Rechtsanwalt Stadt Köln	2. stellvertretender Vorsitzender
Robert Scholl, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland (bis 30.08.2010)	3. stellvertretender Vorsitzender

Michael Odenwald, Ministerialdirektor
Bundesrepublik Deutschland
(seit 30.08.2010)

3. Stellvertretender Vorsitzender

Nuretdin Aydin, Oberlader FKB
Arbeitnehmersvertreter

Rolf Bausch, Ministerialrat a.D.
Rhein-Sieg Kreis
(seit 11.11.2010)

Horst Becker, Parl. Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen
(seit 30.08.2010)

Bernhard Braun, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter
(seit 30.08.2010)

Binali Edis, Oberlader FKB
Arbeitnehmersvertreter
(bis 30.08.2010)

Jörg Frank, Organisator
Stadt Köln
(bis 12.01.2010)

Winrich Granitzka, Unternehmensberater
Stadt Köln
(seit 05.02.2010)

Dr. Willi Hausmann, Staatssekretär a.D.
Land Nordrhein-Westfalen
(bis 30.08.2010)

Dieter Heuel, Verwaltungsleiter i.R.
Rhein-Sieg Kreis
(bis 27.09.2010)

Günter Kozlowski, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen
(bis 30.08.2010)

Waltraud Mayer, Angestellte FKB
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Rügiger Messal, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen
(seit 30.08.2010)

Gerold Reichle, Ministerialdirektor
Bundesrepublik Deutschland
(seit 23.04.2010)

Jürgen Roters, Oberbürgermeister
Stadt Köln
(seit 05.02.2010)

Petra von Wick, Regierungsdirektorin
Bundesrepublik Deutschland

Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB
Arbeitnehmervertreter
(seit 30.08.2010)

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer
(Vorsitzender der Geschäftsführung)
Thomas Schwarz, Rösrath, Technischer Geschäftsführer
(von 15.04. bis 31.12.2010)

5. Wirtschaftliche Daten

Die Verkehrsentwicklung auf dem Köln-Bonner Flughafen verlief insgesamt positiv, ohne jedoch den Bundesdurchschnitt zu erreichen.

So stieg die Zahl der Passagiere trotz der negativen Konsolidierungseffekte einiger Low-Cost-Carrier sowie der Aschewolke, die zur Schließung des Flughafens für einige Tage führte, um 1,1 % (Bundesdurchschnitt 4,7 %) auf 9,9 Mio. an.

Der Low-Cost-Anteil am Passagieraufkommen betrug 64 %. Das Frachtaufkommen (656.120 t) stieg um 16,7 %. Dies war deutlich positiver als ursprünglich geplant. Dennoch hat der Flughafen Köln/Bonn seinen zweiten Platz unter den deutschen Frachtflughäfen an Leipzig/Halle abgegeben.

Die Zahl der Flugzeugbewegungen verlief mit 1,6 % (Bundesdurchschnitt -0,3 %) positiv. Insgesamt konnte der Flughafen Köln/Bonn, gemessen in Verkehrseinheiten, seinen 4. Platz unter den deutschen Flughäfen behaupten. Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen hält der Airport Marktanteile von 87 %.

Die Umsatzerlöse stiegen um 6,1 % auf 270,1 Mio. €. Besonders die Vermietung des neuen Frachtzentrums an FedEx im Sommer 2010 hat sich hier positiv ausgewirkt. Demgegenüber nahm der Materialaufwand um 0,1 % ab und der Personalaufwand um 4,3 % zu. Die betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 3 % auf 23,9 Mio. €.

Die Gesellschaft investierte im Geschäftsjahr 31,4 Mio. €. Als wesentliche Investitionen des Jahres sind die Inbetriebnahme der FedEx-Frachthalle, der Aus- und Umbau des Terminal 1 mit weiteren Shopflächen, der Neubau einer Veterinärstation sowie die dritte Photovoltaikanlage zu nennen. Des Weiteren wurde in Fahrzeuge und Geräte, Software und Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen am Bilanzstichtag 356,5 Mio. € und bei anderen Kreditgebern 15 Mio. €. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt. Ausreichende Liquidität war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.485	3.476	2.482
II. Sachanlagen	734.764	518.350	414.297
III. Finanzanlagen	1.018	1.190	1.190
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.421	1.904	1.437
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.713	17.746	17.373
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	601	491	1.077
C. Rechnungsabgrenzungsposten	312	298	1.030
Bilanzsumme	767.314	543.455	438.886

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	53.659
III. Gewinnrücklagen	145.645	0	0
IV. Bilanzgewinn/-verlust	5.376	- 9.660	- 4.898
B. Rückstellungen	53.293	47.143	54.102
C. Verbindlichkeiten	397.627	410.170	323.134
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.887	2.248	2.068
E. Passive latente Steuern	69.932	0	0
Bilanzsumme	767.314	543.455	438.886

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	270.088	254.602	262.913
andere aktivierte Eigenleistungen	1.720	1.840	1.708
sonstige betriebliche Erträge	4.199	9.328	3.262
Materialaufwand	93.101	93.857	94.591
Personalaufwand	99.674	95.521	93.243
Abschreibungen	34.254	39.147	38.623
sonstige betriebliche Aufwendungen	23.908	23.222	33.022
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	21	24	25
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	435	2	753
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.660	16.217	13.152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.866	- 2.168	- 3.970
außerordentliche Erträge	17.363	0	0
außerordentliche Aufwendungen	5.745	0	0
Steuern vom Ertrag	2.336	0	103
Sonstige Steuern	3.111	2.594	2.423
Jahresfehlbetrag/-überschuss	15.037	- 4.762	- 6.496

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	31,9	15,4	13,6
Investitionsquote:	%	91,7	369,5	164,8
Umsatzrentabilität:	%	5,6	- 1,9	- 2,5
Eigenkapitalrentabilität:	%	6,1	- 5,7	- 10,9
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	48.965	25.406	47.957
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	31.398	144.637	63.650
Flugzeugbewegungen	Anzahl	134.323	132.173	141.680
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	9.851.692	9.742.321	10.345.574
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	656.120	562.036	591.984

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2010	2009	2008
1.780	1.782	1.831

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2010 rd. 77.201 T€ an Löhne und Gehälter sowie 22.473 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Elf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist.

Trotz der Aschewolke im Frühjahr 2010 verlief das Jahr sowohl im Verkehrswachstum als auch im Ergebnis erfolgreich.

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium verlängerte Betriebsgenehmigung auf das Jahr 2030 weiterhin seine Gültigkeit hat. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen und sichert der exportorientierten deutschen Wirtschaft volle Wettbewerbsfähigkeit. Die bestehende Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Gesellschaft als auch den Flughafennutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Durch intensive Akquisitionen von neuen Airlines sowie durch Verhandlungen mit Airlines, die bereits in Köln/Bonn operieren, wird eine Angebotserweiterung nachhaltig vorangetrieben. Zudem wird die Tagesfracht weiter ausgebaut.

Die Gesellschaft geht im Jahr 2011 wiederum von einer Verbesserung des Ergebnisses aus.

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Hilfringhauser Straße 4
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 2924
Telefax: 02196 / 4735

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2010 insgesamt 825 Mitglieder mit 1.190 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 486.587,87 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter (ab 01.01.2010)
Werner Geismann, Verbandsprüfer (ab 05.01.2011)

Andreas Weger, Rechtsanwalt (ab 02.03.2011)
Herbert Fischer, Rentner (bis 31.12.2010)
Rüdiger Scheidler, Kommunalbeamter i.R. (bis 21.01.2011)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	Vorsitzende
Michael Garnich, Geschäftsführer (ab 09.06.2011)	stellv. Vorsitzender
Ralf Hoppe, Rentner	
Rosemarie Wuppermann, kaufmännische Angestellte	
Margret Peckhaus, Rentnerin (bis 09.06.2011)	
Rudolf Großmann, Freiformschmied (ab 22.06.2010)	
Sven von Domaros, Koch (ab 22.06.2010)	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2010 insgesamt einen Gewinn von 28.078,32 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 11.993.700,23 €

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 T€

Bei einem Anstieg der Betriebsleistung um 153 T€erhöhten sich die Aufwendungen für die Betriebsleistung hauptsächlich bedingt durch erhöhte Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen und Abschreibungen um 171 T€

Das positive Beteiligungs- und Finanzergebnis von 68 T€verringerte sich um 12 T€und beinhaltet Zinserträge und Dividenden.

Im Berichtsjahr 2010 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 841.710 € durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 606.457 €

Das langfristige Eigenkapital stieg um 308 T€auf 9.544 T€, die Eigenkapitalquote belief sich auf 79,6 %. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich durch planmäßige Tilgungen um 37 T€. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden.

Die durchschnittliche Sollmiete belief sich in 2010 auf 4,30 €/qm (Vorjahr 4,29 €/qm).

Die Erhöhung der Sollmiete resultierte aus Mietanpassungen bzw. aus der Erweiterung der Wohnfläche durch Balkonbauten.

Es bestanden zum Bilanzstichtag 2010 aufgrund baulicher Umbaumaßnahmen 3 Wohnungsleerstände.

In 2010 waren 47 Mieterwechsel zu verzeichnen. Hieraus und aus der Nichtrealisierung von Mietzahlungen ergaben sich in 2010 Erlösausfälle in Höhe von 50.417 €

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	6	8
II. Sachanlagen	8.213	7.806	7.399
III. Finanzanlagen	3	3	5
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte, zum Verkauf bestimmte Grundstücke	862	805	762
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26	67	28
III. Wertpapiere	0	36	15
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.886	2.932	3.175
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	11.994	11.655	11.392

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	503	504	504
II. Ergebnisrücklagen	9.049	8.736	8.387
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn	28	32	29
B. Rückstellungen	72	101	87
C. Verbindlichkeiten	2.342	2.282	2.385
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	11.994	11.655	11.392

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.427	2.302	2.267
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	58	43	138
sonstige betriebliche Erträge	45	29	30
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.429	1.341	1.554
Personalaufwand	228	218	247
Abschreibungen	438	374	303
sonstige betriebliche Aufwendungen	77	65	63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	70	83	123
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	24	27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	409	435	364
außerordentliche Aufwendungen	15	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	1	1
Sonstige Steuern	63	62	62
Jahresüberschuss	328	372	301
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklage	300	340	272
Bilanzgewinn	28	32	29

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	79,6	79,2	78,0
Eigenkapitalrentabilität:	%	3,4	4,1	3,4
cash-flow:	T€	760	750	605
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,30	4,29	4,26
Instandhaltungskosten:	€/qm	19,19	17,66	25,77
Fluktuationsquote:	%	8,9	10,0	12,8
Leerstandsquote:	%	0,6	0,6	1,0

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2010	2009	2008
Vollzeit	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Auszubildende	1	1	1
Summe	4	4	4

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 228.015,21 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 181.185,80 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 46.829,41 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2011 für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 530 Wohnungen, von denen noch 97 der Sozialbindung unterliegen. Weiterhin gehören 5 Gewerbeeinheiten, 173 Garagen und 94 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 31.581 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung, da die Unterbringung dieses wachsenden Personenkreises in Heimen vielfach nicht mehr gewährleistet ist. Da solche Projekte auch finanziell gefördert werden, prüft der Vorstand des Bauvereins Wermelskirchen, ob im Rahmen dieses Trends in Verbindung mit karitativen Einrichtungen z.B. das Wielviertel entsprechend umgestaltet werden kann. Ebenso ist zu beobachten, dass älter werdende Menschen verstärkt Wohnungen in Innenstadtnähe suchen. Auch dieser Trend wird vom Vorstand bei den Überlegungen zukünftig denkbarer Aktivitäten berücksichtigt. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass der Wohnungsbestand, der bisher keine Leerstände aufzeigte, auch in Zukunft ausgelastet sein wird.

Darüber hinaus wird auch in den nächsten Jahren die bestens bewährte flexible Mieterbetreuung von der Gesellschaft beibehalten und vertieft.

Aus den wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft lässt sich ableiten, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und auch der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird, so dass die Chance besteht, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels auch künftig nur moderate Mietanpassungen vorzunehmen und damit die zukünftigen Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die heutige Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2010 aus folgenden Personen zusammen:

Rolf Menzel Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis	Vorsitzender (bis 31.08.2010)
Udo Wasserfuhr Kämmerer Rheinisch-Bergischer Kreis	Vorsitzender (seit 31.08.2010)
Dr. Walter Mende, Rechtsanwalt, Stadt Leverkusen	stellvertretender Vorsitzender (bis 31.08.2010)
Nina Lepsius Leverkusen	Stellvertretende Vorsitzende (seit 31.08.2010)
Harald Breutling, KWS-Mitarbeiter, Odenthal	
Wolfgang Mues Beigeordneter, Leverkusen	
Ralf Nonnenbroich, KWS-Mitarbeiter, Langenfeld	
Albrecht Omankowsky, Rechtsanwalt, Leverkusen	
Wilmund Opladen, Lehrer, Bergisch Gladbach	

Heinz-Peter Steinbach,
KWS-Mitarbeiter, Kürten

Gerhard Zorn,
Jurist, Overath

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2010 war Herr Kreistagsabgeordneter Wolfgang Kübler.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2010 setzte sich der positive Trend bei der Entwicklung der Defizitabdeckung durch die Anteilseigner fort. Dies gilt auch für die Ausgleichszahlungen für die vom Rheinisch-Bergischen Kreis bestellten ÖPNV-Leistungen. Allerdings wurde die Bildung erheblicher Rückstellungen erforderlich. Der Grund dafür sind geplante Änderungen im Einnahmeaufteilungsverfahren im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS), dem die KWS AG als Verkehrsunternehmen angeschlossen ist.

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 612 T€ auf 55.905 T€ und im Konzern um 678 T€ auf 53.396 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist, bedingt durch die Investitionstätigkeit, bei der KWS AG um 2.138 T€ auf 51.824 T€ und im Konzern um 2.201 T€ auf 49.259 T€ angestiegen. Das Umlaufvermögen ist dagegen gesunken, bei der KWS AG um 1.526 T€ auf 4.081 T€ und im Konzern um 1.523 T€ auf 4.137 T€. Neben geringeren Steuererstattungsansprüchen aufgrund einer Reduzierung der Erlöse aus RWE-Dividenden wirkt sich hier insbesondere das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) aus. Die vom Unternehmen im Zusammenhang mit der Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben gehaltenen Wertpapiere sind danach nicht mehr als Vermögen zu bilanzieren, sondern mit der Altersteilzeitrückstellung zu saldieren.

Das Eigenkapital der KWS AG hat sich aufgrund der anteiligen Ausschüttung des Bilanzgewinns des Jahres 2009 verringert. Die Eigenkapitalquote ist in diesem Zusammenhang von 78,2 % auf 71,6 % gesunken. Im Konzern zeigte sich eine vergleichbare Entwicklung, die zu einer Verringerung der Eigenkapitalquote von 76,8 % auf 69,8 % führte. Erhöht haben sich die Rückstellungen, insbesondere für die Einnahmenaufteilung im VRS, und die Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Finanzierung der Fahrzeuginvestition.

Bedingt durch den Anstieg der Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat sich der Finanzmittelfonds zum 31.12.2010 von -0,8 Mio. € auf -1,2 Mio. € verringert. Die Ursache für diese Entwicklung liegt zum einen in der Investitionstätigkeit und zum anderen in der überdurchschnittlichen Ausschüttung des Bilanzgewinns aus dem Jahr 2009 an die Gesellschafter.

Die Umsatzerlöse des Konzerns haben sich um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Zu diesem positiven Ergebnis haben sowohl der Linienverkehr mit den Verkehrserlösen aus Verbundverkehren und den Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Auszubildenden und Schwerbehinderten als auch die sonstigen Verkehre beigetragen. Die Umsatzerlöse der KWS AG fallen aufgrund der darin enthaltenen Verrechnungen mit der HBB höher aus als im Konzern. Hier belief sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf 5,7%.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (KWS AG: -1,6 %, Konzern: +4,8 %) unterlagen im Wesentlichen einmaligen Schwankungen aufgrund außerordentlicher Effekte, z.B. im Jahr 2010 durch Zuschreibungen zu Wertpapieren, die zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben gehalten werden, oder im Jahr 2009 durch Erträge aus der Auflösung eines Sonderpostens im Zusammenhang mit der Veräußerung von betrieblich nicht mehr benötigten Grundstücken, die jedoch nur im Einzelabschluss der KWS AG enthalten waren.

Auf der Aufwandsseite hat sich im Jahr 2010 die stark steigende Entwicklung des Dieselpreises sowohl direkt in den Bezugskosten für Hilfs- und Betriebsstoffe als auch indirekt in den Aufwendungen für bezogene Fahrleistungen niedergeschlagen. Der Materialaufwand ist dementsprechend um 4,6 % (KWS AG) bzw. 4,8 % (Konzern) gestiegen.

Der Anstieg des Personalaufwandes um 2,3 % bei der KWS AG bzw. 2,7 % im Konzern ist insbesondere auf die Fortschreibung der Entgelttarife sowie auf gestiegene Aufwendungen für Altersteilzeit und Altersversorgung zurückzuführen. So ist etwa das Sanierungsgeld der Zusatzversorgungskasse für die tarifliche Altersversorgung der Beschäftigten der KWS AG zum 01.01.2010 angehoben worden.

Bedingt durch die im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen und vor dem Hintergrund der weiteren Reduzierung der Zuschüsse aus der Fahrzeugförderung sind die Abschreibungen auf Sachanlagen um 12,9 % im Konzern bzw. um 13,4 % bei der KWS AG gestiegen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den zwischenzeitlich vorgelegten vorläufigen Ergebnissen der im Jahr 2009 durchgeführten Verkehrserhebung im VRS. Bei einer rückwirkenden Anwendung der Ergebnisse ab dem Jahr 2009 müsste die KWS AG etwa 2,6 Mio. € an andere Unternehmen im VRS zurückzahlen. Für dieses Risiko wurde die bereits im Jahr 2009 gebildete Rückstellung entsprechend aufgestockt.

Das Finanzergebnis des Konzerns hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,4 Mio. € verschlechtert. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die gegenüber dem Jahr 2009 verringerte Dividendenausschüttung des RWE-Konzerns. Darüber hinaus waren aufgrund der Vorschriften des BilMoG im Jahr 2010 erstmals Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit der Bewertung von Rückstellungen insbesondere für Altersteilzeit separat auszuweisen. In dem Finanzergebnis der KWS AG ist zusätzlich zu den Beträgen aus dem Konzernabschluss insbesondere das Beteiligungsergebnis der HBB enthalten, das sich nahezu auf Vorjahresniveau bewegte.

Zu den Erträgen aus Dividendenausschüttungen des RWE-Konzerns ist anzumerken, dass diese Erträge im Rahmen der Ergebnisverwendung an die Gesellschafter ausgeschüttet werden. Diese Beträge stehen dem Konzern somit nicht dauerhaft zur Verfügung.

Der Jahresüberschuss des Konzerns und der KWS AG, der im Wesentlichen durch die vergleichsweise hohen Erträge aus Finanzanlagen (4.700 T€, Vorjahr 6.016 T€) geprägt ist, betrug 1.798 T€ (Vorjahr: AG 5.221 T€, Konzern 4.948 T€).

Der vom Rheinisch-Bergischen Kreis abzudeckende Zuschussbedarf hat sich im Berichtsjahr erhöht. Ursache hierfür ist die Belastung aus der Rückstellung für die VRS-Einnahmenaufteilung der Jahre 2009 und 2010. Ohne diesen Sondereffekt hätte sich aus dem operativen Geschäft eine Reduzierung des Zuschussbedarfs gegenüber dem Vorjahr um weitere 0,8 Mio. € ergeben.

Bilanz, KWS AG

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40	35	6
II. Sachanlagen	15.274	13.140	8.347
III. Finanzanlagen	36.510	36.511	36.511
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	372	469	430
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.603	4.016	2.809
III. Wertpapiere	0	1.047	909
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	79	68	4.191
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27	7	5
Bilanzsumme	55.905	55.293	53.208

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	22.835	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	11.552	14.753	12.832
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	273
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	8.174	6.981	6.285
E. Verbindlichkeiten	7.110	4.482	4.689
F. Rechnungsabgrenzungsposten	607	615	667
Bilanzsumme	55.905	55.293	53.208

Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	30.598	28.962	27.964
sonstige betriebliche Erträge	4.985	5.068	6.180
Materialaufwand	20.189	19.304	19.401
Personalaufwand	11.875	11.607	11.472
Abschreibungen	1.905	1.721	1.870
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.051	2.966	2.762
Erträge aus Beteiligungen	1	2	1
Erträge aus Gewinnabführung	798	792	691
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.700	6.015	4.216
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	37	181
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	160	41	49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.908	5.237	3.679
Außerordentliches Ergebnis	- 32	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51	- 9	- 10
Sonstige Steuern	27	24	27
Jahresüberschuss	1.798	5.221	3.662
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.753	12.832	11.870
Ausschüttung an die Gesellschafter	5.000	3.300	2.700
Bilanzgewinn	11.551	14.753	12.832

Kennzahlen, KWS AG

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	71,6	78,2	77,6
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	88,5	96,3	103,0
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.044	6.502	2.689
Anlagenintensität:	%	92,7	89,9	84,3
cash-flow:	T€	- 5.270	- 2.495	- 2.625
EBIT:	T€	- 6.039	- 3.996	- 3.701
EBITDA:	T€	- 4.134	- 2.316	- 2.128
Umsatzrentabilität:	%	- 19,7	- 13,8	- 13,2
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 14,7	- 9,7	- 9,2
Betriebsstreckenlänge:	km	498	498	498
Fahrgäste:	Mio.	31,86	31,28	30,77
Anzahl der Fahrzeuge:	Stck.	195	190	187

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40	35	6
II. Sachanlagen	15.708	13.511	8.646
III. Finanzanlagen	33.511	33.512	33.512
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	372	469	430
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.650	4.063	2.869
III. Wertpapiere	0	1.047	909
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	86	71	4.215
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29	10	8
Bilanzsumme	53.396	52.718	50.595

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	20.084	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	11.555	14.757	13.109
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	8.348	7.151	6.446
D. Verbindlichkeiten	7.174	4.484	4.662
E. Rechnungsabgrenzungsposten	608	615	667
Bilanzsumme	53.396	52.718	50.595

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	27.644	26.255	25.588
sonstige betriebliche Erträge	4.939	4.714	6.308
Materialaufwand	11.341	10.817	11.594
Personalaufwand	16.733	16.289	15.842
Abschreibungen	2.067	1.872	2.020
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.083	3.044	2.841
Erträge aus Beteiligungen	1	2	2
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.700	6.016	4.216
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	37	183
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	154	28	39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.914	4.970	3.961
Außerordentliches Ergebnis	- 32	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51	- 9	- 10
Sonstige Steuern	33	32	36
Jahresüberschuss	1.798	4.947	3.935
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.757	13.109	11.873
Ausschüttung an die Gesellschafter	5.000	3.300	2.700
Bilanzgewinn	11.555	14.756	13.108

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	69,8	76,8	76,7
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	87,6	96,4	103,1
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.269	6.725	2.689
Anlagenintensität:	%	92,3	89,3	83,3
cash-flow:	T€	- 5.192	- 2.414	- 1.593
EBIT:	T€	- 5.898	- 4.281	- 3.438
EBITDA:	T€	- 3.831	- 2.450	- 1.715
Umsatzrentabilität:	%	- 21,3	- 16,3	- 13,4
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 15,7	- 10,6	- 8,9
Betriebsstreckenlänge:	km	498	498	498
Fahrgäste:	Mio.	31,86	31,28	30,77
Anzahl der Fahrgäste:	Stck.	195	190	187

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2010		2009		2008	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	185	328	187	328	185	314
Verwaltung, Vertrieb	74	77	70	73	68	71
Summe	259	405	257	401	253	385

Insgesamt wurden im Konzern 13.180 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.553 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Finanzhilfen seiner kommunalen Eigentümer angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2010 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2010 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen. Allerdings machten sich in diesem Jahr verstärkt steigende Personal- und Treibstoffkosten bemerkbar. Dazu kamen die Auswirkungen der zuvor schon beschriebenen Rückstellungsbildungen als Folge der Änderungen im Einnahmeverfahren im VRS.

Gleichwohl geht das Unternehmen in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern Fahrplan- und Umlaufoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach und auch weitere sinnvolle Kooperationsfelder mit anderen Verkehrsunternehmen werden intensiv abgewogen. Die hieraus gegebenenfalls entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Aufgrund der im KWS-Konzern in den vergangenen Jahren gelungenen Restrukturierungsmaßnahmen und der hohen Akzeptanz des Leistungsangebotes bei den Fahrgästen und Kunden wird die KWS AG auch weiterhin ihre Leistungen für die Fahrgäste und die Anteilseigner verlässlich und wirtschaftlich erbringen.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 203 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	Vorsitzender
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Dipl.-Soz.-Wissenschaftler	
Mathilde Drewing, Betriebswirtin	
Christine Engels, Rentnerin	
Karin Görne, Arzthelferin	
Dr. Werner Günthermann, Lerntherapeut	
Cornelia Klien, Bereichsleitung	
Monika Müller, Konrektorin	
Heinz Gerd Neu, Hauptgeschäftsführer	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor	
Eric Weik, Bürgermeister	
Gerd Weitmann, Geschäftsführer	
Eduard Wolf, Industriekaufmann	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmgleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmgleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Werner Allendorf
Klaus Eckl
Siegfried Lutz
Michael Strieker
Claudia Seydholdt

Stellvertreter

Thorsten Schmalt
Udo Wasserfuhr
Dirk Volkmann
Gerd Witte
Jürgen Franzen

5. Wirtschaftliche Daten

Die betrieblichen Erträge konnten aufgrund der insgesamt leicht positiven Leistungsentwicklung und der positiven Effekte der Konvergenzphase gesteigert werden. Diese Mehrerträge reichten jedoch zur Finanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten nicht aus, so dass sich ein negatives Betriebsergebnis ergab.

Das Investitionsergebnis wurde vor allem durch die erhöhten Abschreibungen auf eigenfinanzierte Baumaßnahmen, zuletzt der Fertigstellung der Interdisziplinären Notfallaufnahme, geprägt. Im Finanzergebnis spiegelten sich die fehlenden Zinserträge auf Grund der geringen Liquidität sowie die Zinsaufwendungen aus einem neu aufgenommenen Darlehen wider. Insgesamt ergab sich ein negatives Jahresergebnis, das im Wesentlichen von gestiegenen Personal- und Sachkosten bestimmt war.

Die stationäre Fallzahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 76 Fälle. Die durchschnittliche Fallschwere der Patienten stieg um 1,3 %, so dass die Anzahl der Case Mix Punkte (medizinische Leistung) insgesamt um 2,2 % anstieg. Gesunken sind die Liegezeiten der Patienten, trotz gestiegenem Schweregrad der behandelten Patienten. Dies weist auf eine verbesserte Ablauforganisation hin. Die leichte Verweildauerreduzierung führte trotz leicht gesteigener Leistungszahl zu einem geringen Rückgang der Pflage tage, der sich im Nutzungsgrad (67,51 %) widerspiegelte. Eine deutliche Steigerung (+ 5,4 %) musste bei den Personalaufwendungen verzeichnet werden. Hier spielten u.a. die Tarifsteigerungen im TVöD und im TV-Ärzte wie auch die asymmetrische Leistungsentwicklung im Krankenhaus eine Rolle.

Im Bereich der Sachkosten lag eine Steigerung von 14,4 % vor. Dies lag vor allem an der Entwicklung des Medizinischen Bedarfs. Hier musste eine Aufwandssteigerung von 29,7 % verzeichnet werden. Der wesentliche Faktor für diese Steigerung war ein Mehraufwand im Bereich der Honorarärzte. Dieser entstand durch die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Bereich der Unfallchirurgie mit externem ärztlichem Personal während der Übergangsphase bis zur Neubesetzung der Chefarztstelle. Der neue Chefarzt konnte ab Oktober mit einem fast komplett neuen ärztlichen Team starten.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	134	128	73
II. Sachanlagen	14.697	14.181	12.825
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	501	448	495
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.631	2.955	3.420
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	588	1.542	2.205
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung	914	911	907
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	19.485	20.185	19.945

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	6.332	6.381	6.191
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 2.397	- 1.591	246
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.614	6.452	5.967
C. Rückstellungen	2.093	3.766	2.582
D. Verbindlichkeiten	3.387	2.721	2.382
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	121
Bilanzsumme	19.485	20.185	19.945

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	19.121	18.161	17.554
Erlöse aus Wahlleistungen	2.224	1.829	663
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	869	555	361
Nutzungsentgelte der Ärzte	94	441	1.296
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	54	- 106	69
sonstige betriebliche Erträge	1.068	1.642	1.073
Personalaufwand	15.246	14.467	13.176
Materialaufwand	5.792	4.758	4.385
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	773	1.138	855
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3	3	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	687	595	481
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	780	1.145	911
Abschreibungen	1.048	922	802
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.771	4.576	2.969
Erträge aus sonstigen Finanzanlagen	0	0	20
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	26	74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 799	- 1.584	206
Außerordentliche Aufwendungen	27	0	0
Steuern	29	63	34
Jahresfehlbetrag/-überschuss	- 855	- 1.647	172
Verlust-/Gewinnvortrag	- 1.591	246	1.093
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	246	1.093
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	49	56	74
Bilanzverlust/-gewinn	- 2.397	- 1.591	246

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Stationäre Patienten:	Fallzahl	7.858	7.760	8.032
Personalaufwand je Fall	€	1.940	1.859	1.634
Planbetten (ohne Hämodialyse):		201	201	201
Pflegetage/Behandlungstage:	Tage	49.531	49.760	62.912
Verweildauer (vollstationär):	Tage	6,3	6,4	6,7
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	67,5	67,8	76,3
Erlöse aus Krankenhausleistungen je Fall:	€	2.433,3	2.333,7	2.202,6

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2010	2009	2008
Angestellte	316	285	288
Gewerbliche Mitarbeiter	24	25	25
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	29	30	29
Summe	369	340	342

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 12.343 T€ an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 2.903 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Das Krankenhaus Wermelskirchen musste für das Geschäftsjahr 2010 ein negatives Ergebnis verkraften. Wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung hat wie erwartet die Umstrukturierung der chirurgischen Abteilung genommen. Ziel dieser strategischen Entscheidung ist die bessere Positionierung der beiden Teilbereiche Allgemein- und Viszeralchirurgie sowie Orthopädie und Unfallchirurgie auf dem Gesundheitsmarkt und gegenüber den Wettbewerbern. Mit Hilfe des zum Anfang des Jahres 2010 neu eingestellten Chefarztes konnte für den organisatorisch selbständigen Bereich der Allgemein- und Viszeralchirurgie eine Leistungssteigerung gegenüber dem Vorjahr realisiert werden. Für den Bereich Orthopädie/Unfallchirurgie konnte zum 01.10.2010 ein qualifizierter Chefarzt gewonnen werden. Bereits im letzten Quartal des Jahres konnte eine deutlich gestiegene Leistungserbringung die geplante Trendwende in diesem Bereich einleiten.

Die Leistungserbringung der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe stabilisierte sich, nachdem u.a. eine erfolgreiche Kooperation mit einem niedergelassenen

Gynäkologen geschlossen werden konnte. Die Abteilung Innere Medizin konnte sich weiterhin sehr positiv entwickeln.

Insgesamt ist daher die Anzahl der stationären Patienten sowie deren Fallschwere im Krankenhaus gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Zusätzlich machten sich der weitere positive Konvergenzschrift und die damit verbundene bessere Vergütung der Leistungen positiv bemerkbar.

Mit der positiven Leistungsentwicklung im letzten Quartal 2010 konnte eine deutliche Trendwende eingeleitet werden. Diese Leistungsentwicklung setzte sich auch im ersten Quartal 2011 fort, was zu einer Entgeltvereinbarung für das Jahr 2011 mit einer Leistungssteigerung in Höhe von 15,6 % führte. Diese Vereinbarung zeigt, dass die Entwicklung des Krankenhauses von den Kassenverbänden unterstützt wird.

Naturarena Bergisches Land GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.naturarena.de
E-Mail: info@naturarena.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V.	5.000,00	20
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30
Rhein Berg Tourismus e.V.	5.000,00	20

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Schäfer Lenore
Wasserfuhr, Udo

Stellvertreter

Heutz, Ulrich
Musiala, Peter
Dr. Werdel, Erik

Ordentliches Mitglied (Gast)

Kamp, Wilfried
Sehmer, Eymelt
Burghoff, Friedel

Stellvertreter (Gast)

Günzel, Klaus-Peter
Rickes, Roland
Höhne, Bert

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Zeitraum Januar bis Dezember 2010 bei einem Rohergebnis von 85,8 T€ und Betriebsaufwendungen von 583,1 T€ ein Betriebsergebnis von -497,3 T€. Nach Verrechnung des Finanz- und des neutralen Ergebnisses ergab sich ein Jahresfehlbetrag von -533,2 T€.

Die Eigenkapitalquote lag bei 50,1 %. Das Anlagevermögen der Naturarena war zu 406,7 % durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug zum Ende des Geschäftsjahres -419,7 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (- 16,8 T€) und des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit (498,5 T€) ergab sich im Geschäftsjahr 2010 eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes um 62,0 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	51	51
II. Sachanlagen	22	13	11
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4	2	1
Forderungen und sonstige			
II. Vermögensgegenstände	15	15	10
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	140	79	106
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	4
Bilanzsumme	181	163	183

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	66	100	77
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	19	13	29
C. Verbindlichkeiten	71	25	52
Bilanzsumme	181	163	183

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	119	69	83
sonstige betriebliche Erträge	69	33	7
Materialaufwand	37	18	31
Personalaufwand	232	203	207
Abschreibungen	55	5	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	397	197	174
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 533	- 320	- 323
Sonstige Steuern	0	1	0
Jahresfehlbetrag	- 533	- 321	- 323
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	533	321	323
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	50,1	77,1	55,9
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 419,7	- 356	- 301
EBIT:	T€	- 534	- 322	- 326

6. Beschäftigte

Personal	2010	2009	2008
Angestellte	5	5	5

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet.

Im Geschäftsjahr 2010 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 5 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbeitrag belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf insgesamt 129.000 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf insgesamt 231.521,88 €. Davon entfielen 193.464,36 € auf Löhne und Gehälter sowie 38.057,52 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen Mindestzuschuss in Höhe von 55.000,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis für die Jahre 2007 - 2012 vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für

das Geschäftsjahr 2010 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 45.250,00 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2010 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Naturarena. Auch wenn im Kernbereich Marketing das Entwicklungstempo der letzten Jahre nicht weiter gesteigert werden konnte, wurden doch einige umfangreiche Projekte abgeschlossen oder wichtige Meilensteine erreicht. Bei seit Jahren gleichbleibendem Personaleinsatz sind die Grenzen der Aktivitätssteigerung erreicht. Die wirtschaftliche Basis, das positive Image und das Standing der Naturarena wurden weiter gefestigt.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen. Die durch die Wirtschaftskrise 2009 ausgelösten rückläufigen Übernachtungszahlen in den beiden Kreisen konnten sich leicht erholen, sind aber noch nicht wieder auf dem Vorkrisenniveau.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird die Naturarena ihre Präsenz bei den Endverbrauchern, auch im Ausland, und dem Fachpublikum auf Vorjahresniveau halten.

Der generelle Ausblick für die nächsten zwei Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus lenken und eine tourismusstrukturelle Verbesserung der gesamten Region einleiten.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
 Britanniahütte 10
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
 Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Geschäftsjahr 2010 in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Klaus Eckl, Leiter Finanzen und Beteiligungen.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2010 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 65.496,19 €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 45.606,81 € sowie einer Rücklagenentnahme in Höhe von 101.834,00 €, wurde ein Bilanzgewinn von 81.944,62 € ausgewiesen. Die Gewinnrücklage wies zum Ende des Geschäftsjahres 2010 einen Bestand von 988.214,97 € aus.

Der Cash-flow betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 39,0 T€. Die aufgrund der Investitionstätigkeit in das Sachanlagevermögen abgeflossenen Mittel betrugen 92,7 T€. Dieser Wert lag unterhalb des Abschreibungsvolumens (115,6 T€) der Gesellschaft. Im Rahmen der Finanzierungstätigkeit führten planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 0,8 T€ zu Mittelabflüssen. Der Bestand liquider Mittel verminderte sich um 97,1 T€ auf 652,0 T€.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 160,42 €. Zusätzlich wurde den behinderten Mitarbeitern Arbeitsförderungsgeld nach dem Sozialhilfegesetzbuch in Höhe von 29.155,49 € gezahlt. Im Jahr 2010 waren durchschnittlich 129,05 behinderte Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	4
II. Sachanlagen	350	372	431
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	35	37	29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	406	450	519
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	652	749	645
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2
Bilanzsumme	1.446	1.612	1.630

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	988	1.090	1.132
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	82	45	2
Sonderposten aus Zuwendungen zur			
B. Finanzierung des Sachanlagevermögens	37	48	68
C. Rückstellungen	58	127	132
D. Verbindlichkeiten	191	212	206
Bilanzsumme	1.446	1.612	1.630

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	2.095	2.099	2.117
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	9	-1
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	773	725	714
sonstige betriebliche Erträge	28	57	28
Materialaufwand	34	22	25
Personalaufwand	1.115	1.101	973
Abschreibungen	115	108	108
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.712	1.681	1.628
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	5	11
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	11	20	30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 64	2	164
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss	- 65	1	163
Einstellungen in Rücklagen	0	0	164
Entnahme aus Rücklagen	102	42	0
Gewinnvortrag	45	2	3
Bilanzgewinn	82	45	2

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	82,7	79,0	79,3
cash-flow:	T€	39,0	89,2	240,9
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	160,42	164,30	158,28

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2010	2009	2008
Angestellte	26	29	25
Mitarbeiter	136	132	135
Summe	162	161	160

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.114.845,71 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 866.420,26 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 248.425,45 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlt die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Das Restkapital des gewährten Darlehen belief sich Ende des Geschäftsjahres 2010 auf 18.406,49 €. Das Darlehen wird auch weiterhin zinslos gestellt.

Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen.

Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist. Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Uwe Pakendorf vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 244 T€ ab.

Bei den Umsatzerlösen musste die Betriebsgesellschaft Radio Berg einen Rückgang von -162 T€ (-8,2 %) auf 1.820 T€ verzeichnen. Die über die Hörfunk Service GmbH akquirierten lokalen und regionalen Erlöse gingen um -103 T€ (-7,6 %) auf 1.252 T€ zurück. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers radio NRW sanken um -59 T€ (-9,4 %) auf 571 T€

Die betrieblichen Aufwendungen konnten nur leicht um 27 T€ auf 1.546 T€ gesenkt werden. Die Kosten der Veranstaltergemeinschaft lagen mit 652 T€ um -4,4 % unter dem Vorjaheresergebnis. Ebenso sanken die Umlagekosten der Hörfunk Service GmbH auf 352 T€ (-5,7 %).

Die Reichweite des Senders „Hörer gestern Montag-Freitag“ verbesserte sich von 24,4 % auf 30,5 % deutlich.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	3
II. Sachanlagen	82	96	124
III. Finanzanlagen	37	37	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	835	903	1.003
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1
Bilanzsumme	957	1.038	1.168

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	2	0	0
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzverlust der Kommanditisten	0	0	0
VI. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	55	33	20
C. Verbindlichkeiten	389	494	637
Bilanzsumme	957	1.038	1.168

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	1.820	1.983	2.052
sonstige betriebliche Erträge	57	61	77
Personalaufwand	1	2	2
Abschreibungen	31	33	31
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.546	1.573	1.502
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	29
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	11	18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	290	429	605
Steuern vom Ertrag	43	63	90
Sonstige Steuern	3	1	2
Jahresüberschuss	244	365	513

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2010 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 1.444,94 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2010 in Höhe von rd. 244 T€ wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 30.507,99,90 €, zuzüglich anzurechnender Zinsen bis 31.07.2011 in Höhe von 889,82 €.

8. Bewertung

Der Werbemarkt in Deutschland hat sich im Geschäftsjahr 2010 stabilisiert und verzeichnete laut Medienforschungsunternehmen Nielsen einen Zuwachs über alle Mediengattungen von 11 %.

Das Wachstum spiegelte sich insbesondere im Bereich der Onlinewerbung mit einem Plus von 34,8 % und im TV mit 16,2 % wider. Die Werbeumsätze der Gattung Radio stiegen um 5,2 %. Der Anteil der Radiowerbung an den Gesamtwerbeaufwendungen lag in 2010 bei 5,5 %.

Die Hörerreichweiten des Senders haben sich deutlich verbessert. Für das Geschäftsjahr 2011 geht die Geschäftsführung von einem Ergebnis in Höhe von 218 T€ aus. In der Planung ist unterstellt, dass sowohl die Umsätze aus Hörfunkwerbung als auch die Vertriebspositionen von radio NRW wieder ansteigen.

Regionalverkehr Köln GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 38-40
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: service@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch. Außerdem hält die RVK einen Anteil von 25% an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL), Gummersbach. Diese führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen für die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Gummersbach	447.400	12,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2010 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Im Aufsichtsrat der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr vertreten.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt zusammen:

Günter Rosenke , Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist	Vorsitzender
Jürgen Buchwald, Betriebsrat RVK, Bergisch Gladbach	1. stellv. Vorsitzender
Karl-Hans Ganseuer, Kreiskämmerer Rhein-Sieg-Kreis, Windeck	2. stellv. Vorsitzender
Michael Bauch, Betriebsrat RVK, Bergheim/Erft	
Andreas Frauenkron, stellv. Niederlassungsleiter RVK, Hellenthal	
Heinz Küpper, Beigeordneter a.D., Erftstadt	
Walter Reinartz, Vorstand KVB, Köln	bis 31.03.2010
Peter Hoffmann, Vorstand KVB, Köln	seit 01.04.2010
Heinz Jürgen Reining, Geschäftsführer SWBV, Wachtberg	
Christoph Stock, Prokurist OVAG, Olpe	
Ulrich Timm, Busfahrer, Odenthal	
Udo Wasserfuhr, Kreiskämmerer Rheinisch-Bergischer Kreis, Kürten	
Prof. Dr. Hermann Zemlin, Rentner, Bonn	

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistung im RVK-Konzern blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und umfasst insgesamt 28,17 Mio. km.

Der RVK- Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 311 eigene Omnibusse, mit denen 51,5 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für 48,5 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 331 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Im Berichtsjahr 2010 sind auf Ebene der Muttergesellschaft Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im Umfang von rd. 4.221 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 4.221 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Beschaffung von 8 Omnibussen (1.749 T€) und weitere Anzahlungen für zwei Wasserstoffbusse in Höhe von 803 T€.

Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2010 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 33,6 %, nach 28,4 % zum Vorjahresstichtag.

Die Umsatzerlöse stiegen im RVK-Konzern um insgesamt ca. 3.897 T€ auf 64.365 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Steigerung um ca. 4.128 T€ auf 66.542 T€ vor.

Grund für die Erhöhung ist ein entsprechender Leistungszugang im Bereich der Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	760	569	562
II. Sachanlagen	46.751	49.406	36.290
III. Finanzanlagen	291	293	300
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	319	321	266
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.954	6.791	8.177
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.071	2.861	2.038
C. Rechnungsabgrenzungsposten	126	150	149
Bilanzsumme	60.272	60.391	47.782

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.766	16.777	22.756
III. Gewinnrücklagen	710	610	610
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	4.268	- 7.850	- 15.457
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	12.658	14.201	12.529
C. Rückstellungen	5.720	6.130	7.112
D. Verbindlichkeiten	25.416	26.817	16.398
E. Rechnungsabgrenzungsposten	155	126	255
Bilanzsumme	60.272	60.391	47.782

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	66.542	62.414	61.104
sonstige betriebliche Erträge	17.611	14.934	8.582
Materialaufwand	43.350	40.792	40.035
Personalaufwand	23.735	23.371	23.660
Abschreibungen	6.620	5.774	5.236
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.203	6.789	7.527
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83	29	205
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	14	85	32
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	577	290	628
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.769	449	- 7.157
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	- 1
sonstige Steuern	34	35	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.735	414	- 7.194
Außerordentliche Erträge	134	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	79	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.790	414	- 7.194

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	27	22	24
Gesamtkapitalrentabilität:	%	5,6	1,5	- 13,7
Investitionen:	T€	4.221	19.223	17.492
Personalaufwandsquote:	%	35,7	37,4	38,7
Materialaufwandsquote:	%	65,1	65,4	65,5
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	3.332	5.292	- 15.260
Betriebsstreckenlänge:	km	2.224	2.276	2.183
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	311	379	358

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	760	569	561
II. Sachanlagen	46.757	49.412	36.297
III. Finanzanlagen	64	66	73
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	319	321	266
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.979	6.821	8.195
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.442	2.953	2.082
C. Rechnungsabgrenzungsposten	125	150	151
Bilanzsumme	60.446	60.293	47.625

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.763	16.775	22.753
III. Gewinnrücklagen	711	610	610
IV. Bilanzgewinn, -verlust	4.285	- 7.833	- 15.441
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszu- schüsse	12.658	14.201	12.529
C. Rückstellungen	6.057	6.422	7.390
D. Verbindlichkeiten	25.238	26.413	15.950
E. Rechnungsabgrenzungsposten	155	126	255
Bilanzsumme	60.446	60.293	47.625

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	64.365	60.468	58.808
sonstige betriebliche Erträge	17.623	14.881	8.494
Materialaufwand	33.460	32.101	32.213
Personalaufwand	31.210	29.827	28.928
Abschreibungen	6.621	5.775	5.238
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.372	6.942	7.670
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	31	213
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	1	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	578	290	629
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.773	449	- 7.157
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	- 1
sonstige Steuern	35	35	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.738	414	- 7.194
Außerordentliche Erträge	134	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	82	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.790	414	- 7.194

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	34,2	28,5	32,6
Investitionen:	T€	4.221	19.223	17.496
Materialintensität:	%	42,0	45,0	47,9
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	3.612	5.340	- 15.271
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.224	2.276	2.183
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	311	379	358

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2010		2009		2008	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	193	199	183	186	168	172
Arbeiter	416	645	446	651	466	632
Summe	609	844	629	837	634	804

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war - neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung - im Jahre 2010 auch von der am 03.12.2009 in Kraft getretenen VO (EG) 1370/2007 geprägt. Die abgeschlossene marktorientierte Direktvergabe wird im Rahmen der geltenden Übergangsvorschriften fortgeführt.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen. So erhielt der Konzern im Jahr 2010 für sein Umweltmanagement nach DIN ISO 14001 das Qualitätssiegel des TÜV Rheinland. Hinsichtlich der Erprobung des Einsatzes von möglichst umweltschonenden Fahrzeugen wurde 2010 der Einsatz von zwei Wasserstoff-Hybridbussen vorbereitet. Durch sachgerechte und transparente Projektmanagementstrukturen werden weitere Schritte zur kontinuierlichen Verbesserung der Kostenstruktur im Konzern vorangetrieben.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern anzuregen und nach entsprechenden Entscheidungen sodann umzusetzen.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Paffrather Straße 48
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.
Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung, die die Geschäftsanweisung aus dem Jahre 1979 ablöst.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n) des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr 2010 wie folgt zusammen:

Herrn Udo Wasserfuhr
Kreiskämmerer

Vorsitzender

Herrn Klaus W. Waldschmidt
Rechtsanwalt

stellvertretender Vorsitzender (ab 08.02.2010)

Herrn Hans Seigner
Vorstandsmitglied Kreissparkasse Köln

Frau Dipl.-Ing. Angelika Graner
Architektin

Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann
Lebensmitteltechnik

Herrn Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht
Rentner

Herrn Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Herr Dr. Klaus-Georg Wey
Leitender Regierungsschuldirektor

Herrn Volker Damm
Rentner

Herrn Bert Höhne
Immobilienkaufmann

Herrn Frank Rausch
Mess- und Regeltechniker

4.3 **Gesellschafterversammlung**

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Frau Mathilde Drawing
Frau Monika Koczwarra
Herr Lasse Pütz
Herr Gerd Witte

Kreistagsabgeordnete
Leiterin der Wohnungsbauförderung
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.408.793,75 € ab. Aus dem Jahresüberschuss wurden gem. § 22 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages 140.879,38 € (10 %) den gesellschaftsvertraglichen Rücklagen zugeführt. Der Bilanzgewinn belief sich auf 1.267.914,37 €.

Im Jahre 2010 wurden 2.489 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt. Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2010 wurden 16 Wohnungen umfangreich – teilweise vollständig- saniert, die Kosten betragen insgesamt 195 T€. Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen im Geschäftsjahr 2010 2.760 T€.

Die Mieterträge betragen im Berichtsjahr 2010 7.357 T€. Die größte Steigerung ergab sich aus der Neuvermietung des Neubaus Von-Kettler-Straße im II. Quartal des Jahres und der Vermietung der angekauften und umgebauten Immobilie Kölner Straße 93/95. Die Ausschöpfung von Mieterhöhungsmöglichkeiten gemäß § 558 BGB (ortsübliche Vergleichsmiete) und bei Neuvermietungen brachten Mehreinnahmen von 81 T€, Modernisierungsumlagen 13 T€.

Im Jahre 2010 wurden 175 Wohnungen gekündigt, so dass eine konstante Fluktuation von weiterhin 9,6 % zu verzeichnen war. Geringfügige Leerstände (26 Wohnungen zum Stichtag 31.12.2010) und Vermietungsschwierigkeiten waren wie in den letzten Jahren weiterhin insbesondere bei kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen festzustellen, aber auch zunehmend bei nicht (energetisch) modernisierten Beständen. Das um 50 T€ gestiegene Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultierte im Wesentlichen aus den um 74 T€ höheren Sollmieten und Umlagen und um 97 T€ gesunkenen Instandhaltungs- und Betriebskosten, denen um 86 T€ gestiegene Abschreibungen gegenüberstanden. Die Mietausfälle insgesamt betragen 226 T€ mithin 2,1 % der Sollmieten und Umlagen. Die durchschnittliche Nettokaltmiete des Unternehmens betrug im Geschäftsjahr 2010 auf die Wohnfläche bezogen 5,48 € pro qm/mtl. Der eigene Bestand der Gesellschaft setzte sich zum Bilanzstichtag 2010 aus 1.821 Wohnungen, sowie aus 283 Garagen, 311 Einstellplätzen und einer gewerblichen Einheit, die als Bürogebäude genutzt wird, zusammen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1
II. Sachanlagen	57.413	54.007	52.406
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.116	3.272	3.165
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	251	295	378
III. Wertpapiere	0	2.264	2.264
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.758	5.248	5.617
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35	27	30
Bilanzsumme	65.574	65.114	63.861

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	4.500	4.500
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	12.115	12.010	11.155
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.268	1.366	905
B. Rückstellungen	80	127	635
C. Verbindlichkeiten	48.743	47.111	46.666
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	65.574	65.114	63.861

Die eigenen Anteile, die im Dezember 2007 zum Ertragswert des Unternehmens von den Gesellschaftern erworben wurden, werden mit dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Anschaffungswert unter den freien Rücklagen ausgewiesen. Der Nennwert wird offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	10.520	10.259	9.887
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	- 157	107	233
andere aktivierte Eigenleistungen	76	0	0
sonstige betriebliche Erträge	132	243	297
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.305	5.381	5.888
Personalaufwand	962	924	911
Abschreibungen	1.409	1.340	1.323
sonstige betriebliche Aufwendungen	348	320	313
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	73	112	196
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	952	976	990
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.668	1.780	1.188
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	22	- 59
Sonstige Steuern	248	241	241
Jahresüberschuss	1.409	1.517	1.006
Einstellungen in Rücklagen	141	151	101
Bilanzgewinn	1.268	1.366	905

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	25,1	27,1	25,6
Fremdkapitalquote:	%	67,6	66,4	67,5
Investitionen in Sachanlagen:	T€	4.815	2.939	436
Sachanlagenintensität:	%	87,6	82,9	82,1
cash-flow:	T€	2.821	2.861	2.332
Gesamtkapitalrentabilität:	%	3,6	3,9	3,0
Eigenkapitalrentabilität:	%	8,4	8,6	5,7
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.821	1.795	1.779
Wohn- und Nutzfläche:	qm	111.967	110.495	109.879
Sollmieten:	T€	7.357	7.132	6.989
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	9,6	9,6	8,3
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	1,4	0,9	0,6

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2010 wurden durchschnittlich 16 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2010	2009	2008
Kaufmännische Angestellte	5	5	6
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	3	3	3
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	1	2	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	4	4	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	16	17	18

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 764.295,96 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 198.196,06 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2011 für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes bildet den Schwerpunkt der Tätigkeit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft. Deshalb kommt den Entwicklungen und Risiken in diesem Bereich die größte Bedeutung zu.

Ein erstes Nischenprodukt für demenziell veränderte Menschen bietet das Unternehmen nach dem Erwerb und Umbau einer Bestandsimmobilie im Jahr 2009/2010 in dem Objekt in der Kölner Straße 93/95 in Bensberg an. Der Erfolg dieses Projektes ermutigt zu einer Fortsetzung mit einem Angebot für zwölf Menschen in der Gladbacher Straße 6 in Bensberg. Weiterhin bleibt das energetische Modernisierungsprogramm des Unternehmens auf hohem Niveau. Inzwischen kann fast ein Anteil von 70 Prozent des Bestandes als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2010 jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Unter Einbeziehung der Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft für das Geschäftsjahr 2011, sowie mittel- und langfristig sichergestellt.

Gravierende oder gar bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit für die Gesellschaft weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Hinsicht.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach. Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren Stefan Dürselen, Dipl.-Ing., Projektmanager bei der Kreissparkasse Köln, und Dietmar Virnich, Bereichsleiter 4 des Rheinisch-Bergischen Kreises.

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wurde im Geschäftsjahr 2010 durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel wahrgenommen. Sein Stellvertreter war Herr Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 78.685,83 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 653 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2010 wurden insgesamt 215 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 68 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2010 hatten dort 16 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2010 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 3.000 m² waren rd. 2.700 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 16 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 9,2 über die letzten 8 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,8 % zugrunde (von 68 Unternehmen wurden 6 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen

Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 570 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die im TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 215 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 8,8 % somit auf bis zu 1.800 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Berichtsjahr 2010 nur geringfügig. Es wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	9	7	8
III. Finanzanlagen	0	0	1.800
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97	85	8
III. Wertpapiere	250	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	203	474	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	3	3
Bilanzsumme	560	569	1.819

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	25	26
III. Gewinnrücklage	373	373	0
IV. Bilanzgewinn	0	0	9
Sonderposten für Investitionszuschüsse			
B. zum Anlagevermögen	0	0	373
C. Rückstellungen	39	44	949
D. Verbindlichkeiten	9	27	362
E. Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	0
Bilanzsumme	560	569	1.819

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	341	340	311
Sonstige betriebliche Erträge	127	124	206
Personalaufwand	118	121	121
Abschreibungen	2	2	56
Sonstige betriebliche Aufwendungen	430	414	309
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	9	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	4	22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 79	- 68	9
Außerordentliche Erträge	0	2.160	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	1.796	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	- 79	296	9
Entnahme aus der Kapitalrücklage	79	67	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	363	0
Bilanzgewinn	0	0	9

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	89,0	87,53	7,42
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 95	- 1.055	- 18
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 5	1.796	- 4

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2010 insgesamt 117.857,02 T€ an Personalaufwendungen. Davon 94.253,99 T€ an Löhne und Gehälter sowie 23.603,03 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 (rd. 79 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 39.342,91 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister

technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffekt auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Durch die Vertretung in der Person des Kreisdirektors des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung sowie des Bereichsleiters in der Geschäftsführung, ist ein angemessener Einfluss auf Kontrolle und Gestaltung der Geschäftspolitik gewährleistet.

Seit sechzehn Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Die geringe Insolvenzquote von 8,8 % im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl. Aus diesem Grunde ist es auch bis heute nicht zu einer Häufung von Insolvenzen im dem Betreuungsbereich des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums gekommen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum 39 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan und Innovations-Wettbewerben seit 1995 zuteil wurden.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2010 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach, Bedburg sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2011 fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr 2010 zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region.

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2011 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark sollen weiterhin genutzt werden. Die Suche nach qualifizierten Gründern soll weiterhin vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Tourismusförderung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages. Geschäftsführer ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- | | |
|--|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis | 9 Vertreter (9) |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis | 2 Vertreter (2) |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Merten, Thomas
 Büscher, Wolfgang
 Drefahl, Christian
 Conrad, Werner
 Mertens, Dirk
 Neu, Heinz Gerd
 Pütz, Lasse
 Rickes, Roland
 Winkels, Robert Gordon

Stellvertreter

Rhode, Ursula
 Kieweg, Dietmar
 Ziepke, Klaus-Dieter
 Wolf, Alfred
 Dr. Beckers-Schwarz, Wolfgang
 Zorn, Gerhard
 Riedel, Eva-Maria
 Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Im Rahmen des STARTERCENTER wurden 11 Gründernachmittage abgehalten, an denen insgesamt 220 potenzielle Gründer teilnahmen. Im Jahr 2010 waren am Standort RBW des STARTERCENTER NRW Rhein-Berg/Leverkusen 404 Gründer erstmals zu einer Beratung bei der RBW. In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der Kooperation Arbeit und Soziales wurden wiederum am Standort RBW 11 Kurzschulungen als Orientierungsveranstaltungen für Arbeitslose durchgeführt. 440 Teilnehmer wurden über die Anforderungen sowie die Chancen und Risiken der Selbständigkeit informiert. Rund 262 tatsächlich Gründungsinteressierte erfuhren in 2010 eine weitere Begleitung durch die RBW. Damit konnten zunächst Arbeitsplätze der Gründer selbst neu geschaffen oder gesichert werden. Mittelfristig sind von diesen Gründungen weitere Arbeitsplatzeffekte zu erwarten.

Im Jahr 2010 wurden durch die RBW 68 Unternehmen beraten, die in eine existentielle Liquiditätskrise geraten waren. Auch durch diese Arbeit leistete die RBW einen maßgeblichen Beitrag zur Arbeitsplatzzerhaltung im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Im Geschäftsbereich der Unternehmensnachfolge/Betriebsübergabe konnten durch intensive Beratung/Vermittlung 12 Unternehmen mit 61 Mitarbeitern für den Rheinisch-Bergischen Kreis erhalten werden. Es wurden dazu 58 Beratungen durchgeführt. In 9

Fällen musste den Übernehmern von ihrem Vorhaben abgeraten werden. Hauptgrund für das Abraten war überwiegend eine fehlende Finanzierung.

Von den Mitarbeitern im Bereich Unternehmensservice wurde in 2010 insgesamt 54 Betriebsbesuche durchgeführt. Die RBW führte in 2010 insgesamt 513 Weiterbildungsberatungen durch und stellte 525 Bildungsschecks aus. Neu hinzugekommen im Jahre 2010 sind die 164 Beratungen im Förderprogramm „Bildungsprämie“.

Aus dem Sondervermögen wurden in 2010 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 91.954,47 € ausgezahlt, davon 38.548,56 € als nicht rückzahlbarer Zuschuss. Durch die Stadt Wermelskirchen erfolgte in 2010 eine Rückzahlung in das Sondervermögen in Höhe von 515.343,23 €.

Die Gesellschaft erzielte in 2010 bei Betriebserträgen von 44.888,46 € und Betriebsaufwendungen von 594.816,89 € ein Betriebsergebnis von – 549.948,43 €. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 47.534,98 € ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 502.393,45 €. Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.244 T€ auf 3.192 T€ zum Bilanzstichtag vermindert hat, da die gewährten Gesellschafterzuschüsse in 2010 unter dem Jahresfehlbetrag lagen.

Die Bilanzsumme blieb zum 31.12.2010 mit rund 4.683 T€ gegenüber dem Vorjahr (rund 4.826 T€) relativ konstant. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag weiterhin knapp 70 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37	41	54
II. Sachanlagen	31	25	30
III. Finanzanlagen	1.282	1.396	1.584
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	402	883	579
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.931	2.481	2.648
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.683	4.826	4.895

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	3.192	3.244	3.226
C. Rückstellungen	67	72	75
D. Verbindlichkeiten	1.350	1.436	1.520
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.683	4.826	4.895

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	27	25	26
sonstige betriebliche Erträge	18	17	112
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	313	296	299
Abschreibungen	20	21	24
sonstige betriebliche Aufwendungen	261	231	311
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	71	89	94
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	65	114
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	62	79	84
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 502	- 431	- 372
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 502	- 431	- 372
Entnahme aus der Kapitalrücklage	502	431	372
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	69,7	68,76	67,4
Betriebsergebnis:	T€	- 549,6	- 505,5	- 496,2
cash-flow:	T€	- 483	- 411	- 348
durchgeführte Gründernachmittage:		11	12	11
Gründerberatungen:		404	302	214

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2010 insgesamt 313.087,74 T€ an Personalaufwendungen. Davon 260.586,56 T€ an Löhne und Gehälter sowie 52.501,18 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2010 durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2010	2009	2008
Angestellte	6	7	7

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 450.000 € an die RBW zu leisten. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Zuschuss angemessen herabzusetzen, wenn der Zuschuss andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Zuschuss des Rheinisch-

Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2010 der RBW, wurde der Zuschussbetrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (450.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Die Verwendungsmöglichkeiten des Sondervermögens sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt. Gemäß der Vergaberichtlinie dient das Sondervermögen einer gezielten Förderung der Wirtschaft im Rheinisch-Bergischen Kreis. Es dient im Einzelnen der Finanzierung der im Gesellschaftsvertrag und aufgrund von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung bestimmten Zwecke der Gesellschaft. Hierzu zählt auch die Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien und deren Vermarktung. Um das Sondervermögen langfristig zu erhalten, wurde in der Vergaberichtlinie bei der Mittelverwendung eine grundsätzliche Rückzahlungsverpflichtung aufgenommen.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

8. Bewertung

Im Sinne einer arbeitsmarktorientierten regionalen Wirtschaftsförderungspolitik im Rheinisch-Bergischen Kreis entwickelt die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf der Grundlage der in den Städten und Gemeinden des Kreises bereits vorhandenen Wirtschaftsförderungsstrukturen und -maßnahmen gemeinsam mit diesen ergänzende Handlungsinstrumente und Strategien für die Bestandsentwicklung der heimischen Unternehmerschaft, die Etablierung neuer Unternehmen und zur Beschäftigungsförderung.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2010 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2010 wurde dieses Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich weitere Vergleichswerte über die Jahre. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Im Jahr 2011 wird die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft einen besonderen Fokus auf den Ausbau der Bestandspflege richten. Eine effektive monetäre Unternehmensförderung ist ein zentraler Baustein der einzelbetrieblichen Bestandspflege. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird weiterhin aktiv auf die Unternehmen zugehen und nicht nur auf besondere Förderanfragen oder betriebliche Sondersituationen reagieren. Die komplexe Struktur der monetären Unternehmensförderung (NRW, Bund, EU) macht einen abgestimmten Instrumenteneinsatz erforderlich. Die Dienstleistungen des Behördenscouts werden diese Aktivitäten ergänzen und unterstützen.

Im Hinblick auf die der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gestellten Aufgaben ist diese derzeit nicht in der Lage, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, da sie aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit selbst nur in eingeschränktem Umfang Erträge erzielen kann. Die Gesellschaft ist daher auch in Zukunft nur dann existenzfähig, wenn die jährlichen Fehlbeträge durch Zahlungen der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher ist zur Zeit Herr Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln. Er wird von Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Walter Perrevort.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Heimann, Ulrich
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für 2 Jahre der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Erftkreises und Rhein-Sieg Kreises und der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Jahre 2010 wurden in 64 Kursen 1278 Teilnehmer/-innen geschult, d.h. bei den Kursen musste in 2010 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 7,3 % und bei den Teilnehmern/-innen ein Rückgang von 9,6 % verzeichnet werden. Dies zeigte, dass die durchschnittliche Auslastung der einzelnen Lehrgänge 2010 gegenüber 2009 leicht von 20,5 auf 20 Teilnehmer/-innen gesunken ist.

Die Zahl der Anwärter/-innen des mittleren nichttechnischen Dienstes stieg erneut leicht an (+ 3,9 %). In 13 Kursen wurden 265 Anwärter/-innen vorbereitet.

Im Rahmen des prüfungserleichterten Aufstiegs vom mittleren in den gehobenen Dienst wurden vier Kurse mit 74 Beamten/Beamtinnen durchgeführt, was bei den Teilnehmern/-innen im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 39 % ausmachte. Die im Jahre 2010 durchgeführten Prüfungen absolvierten 40 Teilnehmer/-innen.

Die Zahl der Angestelltenkurse I blieb auch in 2010 gegenüber den Vorjahren mit 9 Kursen konstant. Die Zahl der Teilnehmer/-innen stieg leicht von 175 auf 192, d.h. um 11,6 %. Zwei Angestelltenkurse I wurden für Beschäftigte des Bundes durchgeführt. Ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr konnte bei den Kursen für die Verwaltungsfachwirte/-wirtinnen verzeichnet werden. Im Jahre 2010 wurden in acht Kursen 154 Angestellte geschult (2009: 144 Angestellte). Ein Kurs wurde erstmalig in modularer Form durchgeführt.

Die Zahl der Auszubildenden für den Ausbildungsberuf des/der Verwaltungsfachangestellten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr nur gering. Im Jahre 2010 besuchten 404 Auszubildende (2009: 431 Auszubildende) 21 Kurse. Drei Kurse mit 46 Teilnehmern/-innen absolvierten einen Kurs zum Erwerb der Doppelqualifikation Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Verwaltungsfachangestellte/-r. Zwei Kurse waren Sonderschulungsmaßnahmen der Stadt Köln, in welcher junge, allein erziehende Mütter eine Berufsausbildung erhalten. Zudem wurden 2010 in einem Kurs 21 Prüflinge zu Buchhaltern kommunal direkt nach ihrer Prüfung weiterqualifiziert. Von der Möglichkeit, im Rahmen von Zusatzunterricht die Deutschkenntnisse zu verbessern, machten 10 Jugendliche Gebrauch.

Auch in 2010 wurden wieder Sonderlehrgänge für Mitarbeiter/-innen ohne verwaltungsspezifische Vorbildung durchgeführt. Darüber hinaus wurden Lehrgänge für Ausbilder sowie Betriebssekretärinnenkurse durchgeführt.

Im Fachbereich Fortbildung musste ein deutlicher Rückgang verzeichnet werden. Hier gingen die Teilnehmerzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 32,4 % auf 4.360 Fortzubildende in 329 Veranstaltungen zurück.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1
II. Sachanlagen	244	315	146
III. Finanzanlagen	1.269	1.380	168
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	335	300	560
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.326	1.110	2.005
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.174	3.106	2.880

Passiva

A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	1.841	1.752	1.086
II. Jahresüberschuss	136	89	666
B. Rückstellungen	1.169	1.126	1.092
C. Verbindlichkeiten	28	139	35
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Bilanzsumme	3.174	3.106	2.880

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	2.597	2.875	2.750
sonstige betriebliche Erträge	76	99	738
Materialaufwand	1.431	1.642	1.747
Personalaufwand	250	298	258
Abschreibungen	78	77	40
sonstige betriebliche Aufwendungen	820	916	930
Finanzerträge	42	48	152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	136	89	665
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	136	89	665

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	62,28	59,27	60,83
Umsatzrentabilität:	%	5,3	3,1	24,2
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	110.563,86	563.587,82	455.615,68

6. Beschäftigte

Am Bilanzstichtag 31.12.2010 waren im Unternehmen 18 Personen beschäftigt.

Personal	2010	2009	2008
Summe	18	17	17

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 250.083,70 €. Davon entfielen 194.601,12 € auf Löhne und Gehälter und 55.482,58 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2010 eine Umlage in Höhe von insgesamt 75.829,00 € gezahlt.

RWE AG, Essen

1. Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.439.756.800 €
Es ist eingeteilt in 523.405.000 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmerervermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmerervermögen.
Für das Geschäftsjahr 2010 konnte der Rheinisch-Bergische Kreis eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 208.762,42 € in 2011 vereinnahmen.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.

Für das Geschäftsjahr 2010 konnte die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 1.730.075,22 € in 2011 vereinnahmen.

4. Organisationsstruktur

Die AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2010 waren die Herren:

Dr. Jürgen Großmann	Vorsitzender
Dr. Leonhard Birnbaum	
Alwin Fitting	
Dr. Ulrich Jobs	bis 30.09.2010
Dr. Rolf Pohlig	
Dr. Rolf Martin Schmitz	

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2010:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Achleitner	
Werner Bischoff	
Carl-Ludwig von Boehm-Bezing	
Heinz Büchel	
Dieter Faust	
Dr. Thomas R. Fischer	bis 31.01.2010
Andreas Henrich	
Heinz-Eberhard Holl	bis 31.01.2010
Frithjof Kühn	seit 01.02.2010
Hans Peter Lafos	

Dr. Gerhard Langemeyer
Dagmar Mühlenfeld
Dr. Wolfgang Reiniger
Günter Reppien
Dagmar Schmeer
Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz
Dr. Wolfgang Schüssel seit 01.03.2010
Uwe Tigges
Manfred Weber
Dr. Dieter Zetsche

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsunddreißig Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Hauptversammlung durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Heinz Gerd Neu vertreten. Seine Stellvertreterin ist Frau Kreistagsabgeordnete Christine Bender.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im zurückliegenden Geschäftsjahr 2010 einen Außenumsatz von insgesamt 53.320 Mio. €. Damit wurde der Vorjahreswert um 12 % übertroffen. Maßgeblich hierfür war die erstmalige Konsolidierung von Essent mit vollen zwölf Monaten, während gesunkene Preise im Gasvertrieb gegenläufig wirkten. Wechselkurseffekte hatten einen positiven Einfluss auf die Umsatzentwicklung. Lässt man wesentliche Konsolidierungs- und Wechselkurseinflüsse außer Betracht, blieb der Konzernumsatz unverändert. Im Unternehmensbereich Deutschland belief sich der Außenumsatz auf 19.528 Mio. €. Die Stromerlöse verbesserten sich um 4 % auf 14.124 Mio. €, während im Gasgeschäft der Umsatz um 6 % auf 3.826 Mio. € rückläufig war. Die Ertragslage des RWE-Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2010 weiter verbessert. Das EBITDA erhöhte sich um 12 % auf 10.256 Mio. €, das betriebliche Ergebnis um 8 % auf 7.681 Mio. €. Mit Ausnahme von Trading/Gas Midstream erzielten alle Unternehmensbereiche deutliche Zuwächse.

Der Unternehmensbereich Deutschland erzielte ein betriebliches Ergebnis von 5.575 Mio. €, das um 17 % über dem Vorjahreswert lag.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 6.643 Mio. € getätigt, gegenüber 15.637 Mio. € im Vorjahr. Der deutliche Rückgang ist den Finanzinvestitionen zuzuordnen, die 2010 kaum ins Gewicht fielen, nachdem sie 2009 wegen der Essent-Akquisition noch außergewöhnlich hoch gewesen waren. Dafür konnte ein Plus bei den Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte verzeichnet werden,

die um 8 % auf 6.379 Mio. € stiegen. Dazu beigetragen hat die erstmals ganzjährige Einbeziehung der Investitionen von Essent. Im Bereich Deutschland wurden 2.455 Mio. € investiert und damit 41 % weniger als im Vorjahr.

Die Nettoschulden erhöhten sich im Laufe des Geschäftsjahres 2010 um 3,2 Mrd. € auf 29,0 Mrd. €. Dazu trugen hauptsächlich die Sachinvestitionen mit 6,4 Mrd. € bei. Die Gewinnausschüttungen schlugen mit 2,2 Mrd. € zu Buche. Außerdem stiegen die Rückstellungen für die Entsorgung im Kernenergiebereich um 0,5 Mrd. €.

Die Fremdkapitalkosten lagen im Berichtsjahr 2010 bei 4,9 %. Es wurde ein Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 5.500 Mio. € erwirtschaftet, der somit um 4 % über dem Vorjahreswert (5.299 Mio. €) lag.

Bei der Eigenkapitalquote konnte ein Anstieg auf 18,7 % verzeichnet werden. Das langfristig gebundene Vermögen war zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt.

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende von 3,50 € je Stückaktie aus.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.350	17.320	11.202
Sachanlagen	32.237	28.627	21.762
Investment Property	162	182	180
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	3.694	3.736	3.268
Übrige Finanzanlagen	750	709	681
Finanzforderungen	1.042	1.118	1.314
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	2.213	2.488	1.192
Ertragsteueransprüche	626	507	555
Latente Steuern	2.391	1.876	1.609
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	3.293	3.115	2.540
Finanzforderungen	2.746	3.422	4.419
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.485	9.530	10.415
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	10.484	13.784	16.106
Ertragsteueransprüche	543	660	493
Wertpapiere	3.196	3.290	7.735
Flüssige Mittel	2.476	3.074	1.249
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	389	0	8.710
Bilanzsumme	93.077	93.438	93.430
Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	14.574	12.792	11.587
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	1.759	0	0
Anteile anderer Gesellschafter	1.084	925	1.553
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	23.485	22.315	21.072
Finanzverbindlichkeiten	15.908	17.019	11.154
Übrige Verbindlichkeiten	3.584	3.972	2.984
Latente Steuern	2.185	2.327	1.583
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	5.572	5.829	5.685
Finanzverbindlichkeiten	3.902	3.127	2.329
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.415	9.697	11.031
Ertragsteuerverbindlichkeiten	90	218	112
Übrige Verbindlichkeiten	12.376	15.217	17.626
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	143	0	6.714
Bilanzsumme	93.077	93.438	93.430

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	53.320	47.741	48.950
Erdgas-/Stromsteuer	2.598	1.550	1.450
Umsatzerlöse	50.722	46.191	47.500
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	- 20	44	112
Andere aktivierte Eigenleistungen	219	210	92
Sonstige betriebliche Erträge	1.276	1.610	933
Materialaufwand	33.176	29.838	32.686
Personalaufwand	4.873	4.610	4.415
Abschreibungen	3.213	2.357	2.246
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.428	3.924	3.403
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	6.507	7.326	5.887
Beteiligungsergebnis	407	262	454
Finanzergebnis	- 1.936	- 1.990	- 1.475
Ergebnis fortgeführter Aktivitäten vor Steuern	4.978	5.598	4.866
Ertragsteuern	1.376	1.858	1.423
Ergebnis fortgeführter Aktivitäten	3.602	3.740	3.443
Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten	0	91	- 567
Ergebnis	3.602	3.831	2.876
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	279	260	318
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	15	0	0
Nettoergebnis	3.308	3.571	2.558
Ergebnis je Stamm- bzw. Vorzugsaktie in €	6,20	6,70	4,75

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	18,7	14,7	14,1
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	5.500	5.299	8.853
Eigenkapitalrentabilität:	%	23,1	28,5	20,7
Umsatzrentabilität:	%	12,3	14,8	12,3
Außenumsatz:	Mio. €	53.320	47.741	48.950
EBITDA:	Mio. €	10.256	9.165	8.773
Investitionen:	Mio. €	6.643	15.637	5.693
Anlagenintensität:	%	53,4	49,4	35,5
Umlaufintensität:	%	35,0	39,5	55,3
Ausschüttung:	Mio. €	1.867	1.867	2.401
Dividende je Aktie:	€	3,50	3,50	4,50
Anzahl der Aktien zum Ende des Geschäftsjahres:	Mio.	562,4	562,4	562,4

6. Beschäftigte

Personal	2010	2009	2008
Summe	70.856	70.726	65.908

Am Bilanzstichtag beschäftigte der RWE-Konzern 70.856 Mitarbeiter, davon 41.039 bzw. 58 % an deutschen Standorten. Bei der Ermittlung dieser Zahlen wurden Teilzeitstellen nur anteilig berücksichtigt. Gegenüber dem 31.12.2009 hat sich der Personalstand um 130 Mitarbeiter erhöht. Basis dafür waren operative Veränderungen. Dagegen haben Unternehmenskäufe und –verkäufe per Saldo dazu geführt, dass 311 Mitarbeiter den Konzern verließen. Deutliche Verschiebungen ergaben sich zwischen den Unternehmensbereichen, weil RWE das Handelsgeschäft und die Windkraftaktivitäten von Essent seit 2010 in den Segmenten Trading/Gas Midstream bzw. Erneuerbare Energien ausweisen. Außerdem wechselten Mitarbeiter der RWE IT zu RWE npower und RWE Supply & Trading. Wie in den Vorjahren hat die RWE weit über ihren eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Zum 31.12.2010 erlernten 3.079 junge Menschend bei der RWE einen Beruf. In den Mitarbeiterzahlen sind die Auszubildenden nicht enthalten.

7. Bewertung

Die RWE AG zählt nach wie vor zu den fünf führenden Strom- und Gasversorgern in Europa. Diese Position will die Gesellschaft weiter festigen. Allerdings ist absehbar, dass das Marktumfeld schwierig bleiben wird. Der Wettbewerb wird intensiver, die Ansprüche der RWE-Kunden an Service und Produktvielfalt steigen. Darüber hinaus verändern regulatorische Eingriffe bestehende Geschäftsmodelle und es können niedrigere Preise an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas beobachtet werden. Die RWE AG stellt sich diesen Herausforderungen, indem sie innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt und weiterhin in eine zukunftsfähige, umweltfreundliche Energieversorgung investiert.

Trotz alledem blickt die RWE AG auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2010 zurück. Das betriebliche Ergebnis war das höchste in der Unternehmensgeschichte. Motor des Erfolgs war einmal mehr die deutsche Stromversorgung. Außerdem kam der Gesellschaft zugute, dass der in 2009 erworbene niederländische Versorger Essent erstmals mit vollen zwölf Monaten im Jahresabschluss berücksichtigt werden konnte.

Für das Geschäftsjahr 2011 geht die Gesellschaft aufgrund der Kernbrennstoffsteuer in Deutschland und die ungünstige Entwicklung der Strom- und Gaspreise von massiven Belastungen aus. Sie rechnet damit, dass das betriebliche Ergebnis ca. 20 % hinter dem Rekordniveau von 2010 zurückbleiben wird. Mit Investitionskürzungen, Desinvestitionen und verstärkten Kostensenkungen will die RWE AG ihre Finanz- und Ertragskraft stabilisieren. Dennoch fällt die mittelfristige Ergebnisprognose der Gesellschaft eher verhalten aus.

RW Holding AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding Aktiengesellschaft
Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 82601
Telefax: 0211 / 8266102

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg AG mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzte sich im Berichtszeitraum wie folgt zusammen:

Guido Köcher, Dinslaken	bis zum 23.09.2009
Svenja Udelhoven, Bonn	bis zum 27.11.2009
Ralf Josten, Duisburg	ab dem 23.09.2009

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück

ab dem 01.01.2010

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Personen an:

Frithjof Kühn, St. Augustin	Vorsitzender
Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr	stellv. Vorsitzende
Dr. Klaus Bitzer, Mülheim/Ruhr	(bis zum 28.02.2010)
Dirk Elbers, Düsseldorf	
Dr. Wolfgang Kirsch, Warendorf	(seit dem 25.05.2010)
Dr. Wolfgang Reiniger, Essen	
Peter Scholten, Bad Kreuznach	(seit dem 25.05.2010)
Dr. Heinz-Jürgen Schwering, Köln	
Werner Taiber, Düsseldorf	(bis zum 30.09.2009)
Klaus Heinrich Wehling, Oberhausen	
Alexander Wüerst, Köln	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmgleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Rolf Menzel vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG hält eine Kapitalbeteiligung von 31,21 % an der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWEB), die im Berichtsjahr von 32,64 % auf 31,21 % zurückgegangen ist. Die RWEB hält zum 31.08.2010 insgesamt 91.829.419 Stück Stammaktien und 150.520 Stück Vorzugsaktien der RWE AG. Dies entspricht

einer Beteiligung in Höhe von 16,35 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 17,55 %. Auf die RW Holding AG entfallen davon 29.047.992 Stück RWE-Aktien, so dass die Aktienquote der RW Holding AG an der RWEB zum 31.09.2010 31,58 % beträgt. Daneben hält die RW Holding AG weiterhin 3.000 Stück Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB konnte im April 2010 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 3,50 € je Aktie vereinnahmen und hat im Rahmen einer Entnahme diese an ihre Gesellschafter weitergeleitet. Ein verbleibender Spitzenbetrag wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2009/2010 Beteiligungserträge durch Entnahmen bei der RWEB in Höhe von insgesamt 101.524.133,27 €. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im April 2010 Dividenden aus den direkt gehaltenen Stammaktien der RWE AG in Höhe von 10.500 € vereinnahmt.

Bilanz

Aktiva	31.08.2010 T€	31.08.2009 T€	30.11.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen		0	0
II. Beteiligungen	854.134	854.122	854.122
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.216	57.611	23.301
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	77.599	83.041	77.968
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	959.949	994.774	955.391

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	103.636	132.359	93.156
B. Rückstellungen	1.477	7.579	7.399
C. Verbindlichkeiten	0	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	959.949	994.774	955.391

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009/2010 T€	2008/2009 T€	2007/2008 T€
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Personalaufwand	33	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	61	79	59
Erträge aus Beteiligungen	101.535	131.060	89.745
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	285	827	3.164
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130	647	1.167
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	101.596	131.161	91.683
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	765	1.038	756
Jahresüberschuss	100.831	130.123	90.927
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.804	2.235	2.229
Bilanzgewinn	103.635	132.358	93.156

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigt kein eigenes Personal. Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die WestLB AG, Düsseldorf/Münster gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding für das Geschäftsjahr 01.09.2009 - 31.08.2010 belief sich auf 2.349.847,50 €, die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG vereinnahmt wurde.

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Baedeker Straße 5
45128 Essen

Telefon: 0201 / 243439
0201 / 221377

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". So unterliegen heute die Aktien der RWE-AG der kommunalen Bindung. Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber

staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 89 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/2010 Herr Oberkreisdirektor a.D. Heinz-Eberhard Holl (bis 31.12.2009), Herr Landrat a.D. Roger Graef (seit 01.01.2010), Herr Oberbürgermeister a.D. Ernst Löchelt (bis 30.06.2010) sowie Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach (seit 01.07.2010).

Die Aufgabe des Prokuristen wurde durch Herrn Werner Kühn, Leitender städtischer Verwaltungsdirektor a.D., wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/2010 wie folgt zusammen:

Vorsitzender
Landrat Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis

1. stellvertretende Vorsitzende

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin

2. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolfgang Reiniger, Essen, Oberbürgermeister (bis 26.11.2009)

Hermann Bröring, Landkreis Emsland, Landrat (seit 26.11.2009)

Mitglieder

Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Paul Breuer	Landrat, Kreis Siegen-Wittgenstein (seit 26.11.2009)
Roger Graef	Landrat, Landkreis Bitburg-Prüm (bis 26.11.2009)
Dr. Hermann Janning	Vorsitzender des Vorstandes, Stadtwerke Duisburg AG (seit 26.11.2009)
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen (seit 26.11.2009)
Peter Ottmann	Landrat, Kreis Viersen (seit 26.11.2009)
Reinhard Paß	Oberbürgermeister, Stadt Essen (seit 26.11.2009)
Dieter Patt	Landrat, Rhein-Kreis Neuss (bis 26.11.2009)
Dr. Rolf Martin Schmitz	Vorsitzender des Vorstands, GEW Köln AG (bis 26.11.2009)
Karl-Otto Velten	Landrat, Landkreis Bad Kreuznach (bis 26.11.2009)
Alexander Wüerst	Vorsitzender des Vorstands, Kreissparkasse Köln
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Rolf Menzel vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2009/2010 (01.07.2009 – 30.06.2010) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 205.371,94 € und einem Bilanzverlust von 395.606,68 €

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung von 127.419 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 97,8 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Vorjahr wurden 250 T€ der Ausgleichsrücklage auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 entnommen.

Bilanz

Aktiva	30.06.2010 T€	30.06.2009 T€	30.06.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	0	0	0
II. Sachanlagen	7	7	8
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18	19	23
III. Wertpapiere	274	273	525
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	401	476	534
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	700	775	1.090

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
II. Kapitalrücklage	552	633	506
III. Gewinnrücklagen	401	651	650
IV. Bilanzverlust	- 396	- 649	- 208
B. Rückstellungen	9	8	9
C. Verbindlichkeiten	6	4	5
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	700	775	1.090

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009/2010	2008/2009	2007/2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
Personalaufwand	165	160	156
Abschreibungen auf Sachanlagen	2	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	64	312	68
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	33	72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 205	- 440	- 152
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 205	- 440	- 152

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für den Geschäftsstellenleiter und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 165.090,82 €. Davon entfielen 154.357,88 € auf die Gehälter und 10.732,94 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die jeweilige Höhe des Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/2010 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 2.147,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009/2010 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
Schürholz 38
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7
Stimmen.	

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>stellvertretendes Mitglied</u>
Allendorf, Werner	Strieker, Michael
Büttgens, Walter	Kreuzer, Manfred
Drewing, Mathilde	Volkmann, Dirk
Kübler, Wolfgang	Schmalt, Thorsten
Ohm, Roland	Weiß, Friedhelm
Schulte, Bernhard	Franzen, Jürgen
Witte, Gerd	Schiefer, Christopher

4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Bereichsleiter Thomas Merten vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Stellvertreter Herr Bürgermeister Ernst Müller aus Leichlingen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung lag bis 30.06.2011 bei Herrn Wolfgang Weisser. Seit 01.07.2011 ist Frau Anita Domogala stellvertretende Betriebsleiterin.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2010 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 342.440,90 € aus.

Die Trinkwasserabgabe im Verbandsgebiet des Wasserversorgungsverbandes Rhein-Wupper erhöhte sich im Jahr 2010 um rd. 16.034 m³ auf 7.190.045 m³ gegenüber dem Vorjahr.

Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2010 betrug 19.699 m³. Der Wasserpreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert auf 66,50 ct/ m³

Die Investitionen des Berichtsjahres konnten vollständig aus den verdienten Abschreibungen finanziert werden. Der Darlehensbestand verringerte sich planmäßig um 246 T€ auf 909 T€.

Gemäß Beschluss vom 22.06.2010 wurde der verbleibende Jahresfehlbetrag aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 331.626,47 € durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen. Somit reduzierte sich die Rücklage auf insgesamt 2.429.185,15 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	352	340	326
II. Sachanlagen	16.877	17.336	17.606
III. Finanzanlagen	6	6	6
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	89	94	83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	496	591	554
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	254	242	499
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	18.074	18.609	19.074

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	2.429	2.761	2.842
III. Jahresfehlbetrag	- 342	- 332	- 82
B. Aushandigungsverpflichtung	3.296	3.365	3.434
C. Sonderposten für Zuschüsse	169	0	0
D. Rückstellungen	135	93	90
E. Verbindlichkeiten	1.186	1.522	1.590
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
Bilanzsumme	18.074	18.609	19.074

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	5.118	5.111	5.074
sonstige betriebliche Erträge	93	127	148
Materialaufwand	2.988	3.145	2.973
Personalaufwand	1.620	1.534	1.471
Abschreibungen	627	616	603
sonstige betriebliche Aufwendungen	254	204	182
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	5	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48	59	74
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 325	- 315	- 63
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	17	17	18
Jahresfehlbetrag	- 342	- 332	- 81

Kennzahlen

	Angaben in	2010	2009	2008
Eigenkapitalquote:	%	74	73	73
Wasserabgabe:	Mio./m ³	7.190	7.174	7.194
Übergabepreis:	€/m ³	0,665	0,665	0,665
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	377	409	449

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2010 insgesamt 30 Mitarbeiter.

Personal	2010	2009	2008
Mitarbeiter	30	29	30
davon			
Teilzeitbeschäftigte	3	3	3
geringfügig Beschäftigte	3	3	3
Auszubildende	1	0	1

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 1.244 T€ an Löhne und Gehälter sowie 376 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper ist durch den Betrieb seiner sieben Pumpwerke für die Wasseraufbereitung und Wasserverteilung einem relativ hohen Energiebedarf ausgesetzt. Durch ein gezieltes Energiemanagement wird versucht sowohl die Energiekosten trotz der allgemeinen Strompreisentwicklung zu minimieren als auch den heutigen Umweltaforderungen Rechnung zu tragen.

Für das Geschäftsjahr 2011 rechnet der Verband mit einem Jahresfehlbetrag, der wie in den Vorjahren aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage gedeckt werden soll.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: vorstand@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drefahl, Christian
Drewing, Mathilde
Gewehr, Erika
Klemt, Udo
Knapp, Gisela
Menzel, Rolf
Rausch, Frank
Rhode, Ursula
Rickes, Roland
Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia

stellvertretendes Mitglied

Franzen, Jürgen
Dr. Ludemann, Peter
Wolf, Alfred
Dünner, Johannes
Dr. Wey, Klaus-Georg
Heimann, Ulrich
Dr. Werdel, Erik
Heutz, Ulrich
Opladen, Wilmund
Weiß, Friedhelm
Witte, Gerd
Pütz, Lasse

4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Werner Stump.

5. **Wirtschaftliche Daten**

2010 betragen die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes 1.250 T€, die Aufwendungen beliefen sich auf 49 T€. Die Finanzerträge summierten sich im Geschäftsjahr auf 177 T€.

Der Zinsaufwand und die sonstigen Finanzaufwendungen reduzierten sich durch die Tilgung von Bankverbindlichkeiten auf 762 T€. Der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes wird entsprechend § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 616 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 31.774 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2010 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.594 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 16.902 T€ und das Eigenkapital betrug 14.867 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.594	6.609	6.469
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Liquide Mittel	180	12	24
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.774	31.621	31.493

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	14.251	13.678	13.163
II. Jahresüberschuss	616	573	515
B. Rückstellungen	5	5	5
C. Verbindlichkeiten	16.902	17.365	17.810
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.774	31.621	31.493

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2010 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis eine Gewinnausschüttung in Höhe von brutto 1.001.000,00 € (netto nach Steuern 842.591,75 €), die in 2011 vereinnahmt werden konnte. Hiervon wurden 85.385,00 € (netto 71.872,82 €) an die Stadt Burscheid und 133.534,00 € (netto 112.402,24 €) an die Stadt Leichlingen weitergeleitet, ferner 23.456,99 € an die Gemeinde Kürten.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Wasserfuhr, Udo

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
Musiala, Peter
Dr. Werdel, Erik

4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Hagen Jobi.

5. **Wirtschaftliche Daten**

Der Haushaltsplan wurde am 17.12.2008 von der Verbandsversammlung beschlossen und am 29.05.2009 von der Bezirksregierung Köln genehmigt.

Am 01.01.2009 hat der Zweckverband Naturpark Bergisches Land das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt. In diesem Zusammenhang ist die kamerale Darstellung der Ausgaben und Einnahmen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt entfallen. Es erfolgt nun eine Darstellung über die Ergebnis- bzw. Finanzrechnung und die Bilanz des Zweckverbandes.

Die Jahresergebnisse für das Geschäftsjahr 2010 sind aufgrund der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement noch nicht verfügbar, so dass lediglich die Daten des Entwurfs der Ergebnis- und Finanzrechnung 2009 sowie der Bilanz zur Verfügung gestellt werden können.

Die Aufwendungen wurden durch die Umlagebeiträge der Mitglieder (92.400 €), Sponsoring/Spenden (2.500 €) sowie Zinserträge (369 €) gedeckt. Der Naturpark hat 2 Wettbewerbe gewonnen; „Wege durch die Zeiten“ in Kooperation mit der Naturarena Bergisches Land GmbH und „Sichtachsen Schloss Homburg“. Dafür sind Landesmittel in Höhe von 82.000 € für das Projekt „Sichtachsen Schloss Homburg“ bewilligt worden. Zudem sind Zuwendungen der Mitgliederkommunen des Zweckverbandes für die

Projekte „Sichtachsen Schloss Homburg“ sowie „Wege durch die Zeit“ in Höhe von insgesamt 76.000 € geleistet worden.

Für das Projekt „Sichtachsen Schloss Homburg“ sind rd. 119.000 € insgesamt aufgewendet worden. Bei dem Projekt „Wege durch die Zeit“ ist ein Zuschuss an die „Das Bergische gGmbH“ in Höhe von rd. 37.000 € gezahlt worden.

Der Überschuss von rd. 9.800 € resultiert in erster Linie aus den Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen, die zum Jahresende in entsprechender Höhe noch nicht vollständig verausgabt worden sind.

Kleine Anträge von Kommunen sind innerhalb des Programms „Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen im Naturpark“ gestellt worden.

Ergebnisrechnung

	31.12.2009	01.01.2009	Abweichung
Ordentliche Erträge			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	250.765	0	250.765
Sonstige ordentliche Erträge	2.609	0	2.609
Summe Ordentliche Erträge	253.374	0	253.374
Ordentliche Aufwendungen			
Personalaufwendungen	- 3.667	0	- 3.667
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 195.857	0	- 195.857
Bilanzielle Abschreibungen	- 777	0	- 777
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 43.625	0	- 43.625
Summe Ordentliche Aufwendungen	- 243.926	0	- 243.926
Finanzergebnis			
Finanzerträge	369	0	369
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Summe Finanzergebnis	369	0	369
Ordentliches Jahresergebnis	9.816	0	9.816

Finanzrechnung

	31.12.2009	01.01.2009	Abweichung
Zuwendungen und allg. Umlagen	250.739	269.400	- 18.661
Sonstige Einzahlungen	12.500	3.000	9.500
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	369	200	169
<i>Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</i>	263.608	272.600	- 8.992
Personalauszahlungen	- 3.345	3.600	255
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	- 195.050	221.000	25.950
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0	0	0
sonstige Auszahlungen	- 42.822	48.000	5.178
<i>Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</i>	- 241.217	272.600	31.383
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.391	0	22.391
Investitionszuwendungen	4.528	0	4.528
<i>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</i>	4.528	0	4.528
Auszahlungen für bewegl. Anlagevermögen	- 7.310	0	- 7.310
Auszahlungen für Finanzanlagen	- 2.500	0	- 2.500
<i>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>	- 9.810	0	- 9.810
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 5.282	0	- 5.282
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	17.109	0	17.109
Änderung Finanzmittelbestand	17.109	0	17.109
Liquide Mittel	17.109	0	17.109

Bilanz

Aktiva	31.12.2009	01.01.2009	Abweichung
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	8.116	1.093	7.023
II. Finanzanlagen	2.500	0	2.500
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.550	2.040	- 490
II. Liquide Mittel	43.944	26.835	17.109
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	56.110	29.968	26.142

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	19.979	19.979	0
II. Ausgleichsrücklage	9.989	9.989	0
III. Bilanzergebnis Gewinn	9.816	0	9.816
B. Sonderposten			
I. Zuwendungen	4.502	0	4.502
C. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	1.932	0	1.932
II. Sonstige Verbindlichkeiten	9.892	0	9.892
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	56.110	29.968	26.142

6. Beschäftigte

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf rd. 3.700 Euro.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)

Glockengasse 37 – 39

50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0

Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de

E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr –SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2010 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 67 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2010 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Opladen, Wilmund
Wasserfuhr, Udo
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Rolf Menzel.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen	0	0
I. Finanzanlagen	516	516
II. Sachanlagen	0	0
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen	0	613
II. Liquide Mittel	274	319
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	790	1.448

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Allgemeine Rücklage	641	629
II. Ausgleichsrücklage	172	200
II. Jahresüberschuss	- 29	598
B. Rückstellungen	6	6
C. Verbindlichkeiten	0	15
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	790	1.448

Ergebnisrechnung

	2010 T€	2009 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	0	12
Sonstige Transfererträge	300	420
Sonstige ordentliche Erträge	0	613
Ordentliche Erträge	300	1.045
Transferaufwendungen	300	420
sonstige ordentlichen Aufwendungen	29	29
Ordentliche Aufwendungen	329	449
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	- 29	596
Finanzerträge	0,3	1
Finanzergebnis	0,3	1
Ordentliches Ergebnis	- 29	597
Jahresergebnis	- 29	597

Finanzrechnung

	2010 T€	2009 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	0	12
Sonstige Transfereinzahlungen	300	420
Sonstige Einzahlungen	0	16
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,1	3
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	300,1	451
Transferauszahlungen	300	420
sonstige Auszahlungen	45	29
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	345	449
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 44,9	2
Finanzüberschuss	- 44,9	2
Anfangsbestand Finanzmittel	319	317
Liquide Mittel	274,1	319

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2008 bis 2010 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2010 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS in den nächsten Jahren aus dem Bestand der liquiden Mittel und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren und auf eine Inanspruchnahme der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW zu verzichten. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung

1. Allgemeine Stiftungsdaten

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für bedürftige Personen satzungsgemäß verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, Erlass der Sonderhaushaltssatzung, Abnahme der Sonderjahresrechnung und Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen.

Landrat Rolf Menzel wird durch Herrn Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Feststellung des Entwurfs des Sonderhaushalts und der Sonderjahresrechnung und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Heidi, Elvert
Horst-Walter, Schenk
Franzen, Jürgen
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Roland, Rickes
Siegfried, Lutz
Claudia, Seydholdt
Wolfgang, Kübler
Michael, Strieker

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 7.139,75 €, der der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden 7 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 88.000,00 € ausbezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	865	856	830
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	28	28
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	273	286	308
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.170	1.170	1.166

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.163	1.160	1.149
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	3	10
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	0	7	7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.170	1.170	1.166

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2010</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	386,00 €
Aggerverband	36.990,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V.	1.533,88 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (8.320 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	100,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.016,97 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.040,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	310,00 €
Deutsches Jugendherbergswerk	1.278,23 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau	225,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	100,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.048,75 €

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	6.400,35 €
Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €
Landkreistag NW	77.737,80 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	67.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper	1.000,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.772,00 €
Gesamt	226.630,70 €